



**MARCHIVUM**

MANNHEIMS ARCHIV  
HAUS DER STADTGESCHICHTE  
UND ERINNERUNG



## **MARCHIVUM Druckschriften digital**

### **Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1922**

353 (4.8.1922) Mittag-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-204769](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-204769)



# Mannheimer General-Anzeiger

## Badische Neueste Nachrichten

Druckpreis: In Mannheim und Umgebung monatlich 1,50 M., in den übrigen Orten 2,00 M. ...

Anzeigenpreise: Die kleine Zeitg. Nr. 10. — ausw. Nr. 12. — ...

Verlagen: Der Sport v. Sonntag. Aus der Welt der Technik. Gesetz u. Recht. Mannh. Frauen-Zeitung. Mannh. Musik-Zeitung. Bildung u. Unterhaltung. Feld u. Garten. Wandern u. Reisen.

### Die Reparationskrise im Unterhause.

#### Die Rede des Schatzkanzlers.

London, 3. Aug. Die Reparationsdebatte im Unterhause wurde heute nachmittags vom Schatzkanzler Sir Robert Horne eröffnet, der eine Übersicht über die verschiedenen bisherigen Standpunkte der Reparationsfrage gab. Hierbei erwähnte er beiläufig, daß unter der Reparations-Einziehungs-Akte Großbritannien bisher sechs Milliarden Pfund Sterling eingenommen habe. Bis zum 15. Juni habe Deutschland Zahlungen entsprechend dem aufgestellten Plan geleistet. Hierbei habe Anfang Juli infolge der besagten Wertminderung der Reparationsfrage eine Entwertung der Mark eingeleitet, die zur Herabsetzung eines Moratoriums durch die deutsche Regierung führte. Ueber den Bericht des Garantiekommitees könne er noch nichts Endgültiges sagen, da dieser noch nicht in seiner Gesamtheit vorliege. Aber er könne mit ziemlicher Bestimmtheit erklären, daß die neuen deutschen Steuern entsprechend der erteilten Aufhebung eingeführt worden seien. Eine Erhöhung der festeren Steuern sei nicht für angängig gehalten worden. Dafür habe Deutschland aber eine Zwangsanleihe von 70 Milliarden Papiermark ausgeben. Die Zinsschüsse für Biehörbe usw. seien aufgehoben worden. Was die Herabsetzung der Reparationskommission betreffe, wozu die deutsche Regierung einen Plan zur Veränderung der Kapitalkraft aufstellen sollte, so sei es leichter, ein solches Verlangen zu stellen, als einen solchen Plan fertig zu machen. Die von der deutschen Regierung eröffneten Vorkehrungen betrafen diejenigen, die besonders leicht eine solche Maßnahme forderten. Aber er wolle ganz offen sagen, daß seiner Ansicht nach die einzig wirkliche und wirksame Maßnahme zur Verhinderung der Kapitalkraft darin bestünde, daß die Leute, die in Deutschland Besitz haben, zu der Vorkauf von Devisen erzwungen werden müßten, um ihren Kapital nicht nach dem Auslande zu verlegen. Nach Erwähnung der Befehle betreffend die Reichsbank fuhr der Schatzkanzler fort: Die geforderten Sanktionen seien verschoben worden. Er höre, daß die deutsche Regierung bezüglich der Bewilligung der Einziehungen und Ausgaben zusehender habe, daß zwei Mitglieder des Garantiekommitees freie Einsicht in die betreffenden Dokumente erhalten sollen, um ihnen die Möglichkeit zu geben, der Reparationskommission ihre Ansicht mitzuteilen. Wenn auch der ganze Bericht des Garantiekommitees noch nicht vorliege, so hieße er doch, daß die deutsche Regierung den größten Teil der von der Reparationskommission aufgestellten Forderungen erfüllt habe.

Im weiteren Verlauf seiner Rede kam der Schatzkanzler dann auf die Pariser Bankierskonferenz zu sprechen, die damit beendet habe, daß die Bankiers erklärten, sie könnten ihre Arbeiten nicht zweckmäßig fortsetzen, aber sie seien bereit, wieder zusammenzukommen, wenn Frankreich sich den Beschlüssen der Mehrheit der Reparationskommission anschließen würde, wozu dem Bankierausschuß die Prüfung der Frage der Herabsetzung der Reparationen freistehen sollte.

Der Schatzkanzler gab hierauf folgenden Rückblick über die bisher von Deutschland seit dem Waffenstillstand gemachten Leistungen, wovon 415 Millionen Pfund Sterling, nicht eingerechnet seien die Gebiete, die an andere Staaten abgetreten wurden. Von diesen 415 Millionen Pfund Sterling habe Großbritannien 36 Millionen Pfund Sterling erhalten, die so gut wie ganz für die Bekämpfung der deutschen Belohnungsarmee seien, aber auf zwei Millionen Pfund Sterling pro Jahr herabgesetzt worden.

Schatzkanzler Horne sagte dann weiter: Was die Privatguthaben betreffe, so gehörten diese nicht zu dem Konto der Reparationen. Ihre Zahlung beeinflusse aber die Stabilität der deutschen Währung, ausländische Zahlungsmittel für die Reparationsleistungen zu finden. Bisher seien 38 Millionen Pfund Sterling eingenommen, wovon Großbritannien 22 Millionen Pfund Sterling, Frankreich 12 Millionen, Belgien 2½ Millionen erhalten haben. Noch zu bezahlen seien 35 Millionen Pfund Sterling, davon 12½ Millionen Pfund an Großbritannien. Was den Verlust der französischen Regierung bezüglich der Forderungen Deutschlands nach Herabsetzung der monatlichen Zahlungen von zwei Milliarden auf 1½ Millionen Pfund Sterling betrifft, so wird die Frage am Montag zwischen dem französischen und dem britischen Ministerpräsidenten erörtert werden.

Die in der Presse aufgetauchte Behauptung, die Aktion der französischen Regierung bilde eine Antwort auf die Balfour-Note, sei unrichtig. Das französische Ultimatum sei ergangen mehrere Tage vorher, bevor die Balfour-Note bekannt geworden sei.

Horne fuhr fort: Es werde häufig gefragt, wie es komme, daß Deutschland ein solches Defizit und auf dem Defizit basierendes Land, mit höherer Bevölkerung, dessen industrieller Apparat unversehrt geblieben sei und das so gut wie keine Arbeitslosen habe, nicht imstande gewesen sei, mehr als den genannten Betrag zu bezahlen. Antwortlich werde dabei als Vergleich die Entschädigungszahlung von 212 Millionen Pfund Sterling angeführt, die Frankreich nach dem Krieg zwischen 1871 und 1873 bezahlt habe. Die beiden Fälle seien vergleichbar. Erstens sei der französisch-deutsche Krieg nur kurz gewesen und Frankreichs Finanzen seien intakt geblieben. Eine beträchtliche Summe, die in ausländischen Kapitalien angelegt worden sei, sei unverletzt geblieben. Frankreich war imstande, seine Verbindlichkeiten von anderen Ländern zu erhalten und habe tatsächlich während des genannten Zeitraumes 71 Millionen Pfund Sterling empfangen. Zweitens sei vor allen Dingen habe 1872 und 1873 Frankreich eine sehr gute aktive Handelsbilanz gehabt.

Die Lage Deutschlands sei in allen Beziehungen gerade umgekehrt. Der Krieg sei sehr lang und erschöpfend gewesen. In keinem anderen Lande der westlichen Welt seien die Kapitalanlagen so stark vermindert worden, wie in Deutschland. Seine Kapitalanlagen seien durch Beschaffung von Lebensmitteln und Rohstoffen während des Krieges so gut wie erschöpft worden. Die Vermögensgegenstände, die in Deutschland hätten sein sollen, seien durch den Krieg fast ganz verloren gegangen. Die Reparationsfrage sei in Deutschland ein Problem, das nicht nur die Regierung, sondern die gesamte Bevölkerung angehe. Während des Krieges habe Deutschland die Kosten von Reparationen im Vergleich mit dem Wert der Reparationen nicht berücksichtigt. Das sei der Fehler, den die Welt in der Reparationsfrage gemacht habe.

gekommen, jedoch sie Deutschland erlaubten, einen Teil seines Goldes zu verwenden, um Lebensmittel zu kaufen. Deutschland habe tatsächlich 250 Millionen Pfund Sterling größtenteils für Lebensmittel und Futtermittel ausgegeben. 50 Millionen davon seien den deutschen Goldvorräten entnommen worden, 10 Millionen Pfund aus Wertpapieren, und was besonders wichtig sei, 190 Millionen seien erlangt worden durch zeitweilige Kredite und durch Verkauf von Wechseln, die den Verkauf von enormen Mengen Mark in sich schlossen. Der Schatzkanzler fuhr fort, es komme hinzu, daß eine große Spekulation in deutscher Mark stattgefunden habe, die dazu führte, daß große Mengen davon sich im Auslande befanden, die in gewissen Perioden auf den Markt geworfen wurden. Deutschland habe während der genannten Periode mehr importiert als exportiert. Das Ergebnis sei gewesen, daß immer mehr Papiergeld ausgegeben und der Wert dieses Geldes immer mehr gesunken sei. Die Leute hätten befürchtet, daß die Mark noch viel stärker sinken würde und hätten ihre Kapitalien nach dem Auslande geschickt. In dieser Beziehung würden aber übertriebene Darstellungen gegeben. Er glaube nicht, daß die deutschen Kapitalien im Auslande die Höhe haben, wie einzelne Leute behaupten. Für ein Land wie Deutschland sei es notwendig, im Auslande große Mengen von ausländischer Währung zu besitzen, um sich mit den notwendigen Rohstoffen zu versehen, die die Voraussetzung für die Weiterführung des Geschäftlebens bilden. Niemand habe ein Recht, diese Arten von im Auslande befindlichen deutschen Geldern als illegitim zu bezeichnen. Der Betrag des tatsächlich nach dem Auslande verschobenen Kapitals werde außerordentlich übertrieben. Die deutschen Kapitalanlagen im Auslande überschreiten vermutlich nicht 100 Millionen Pfund Sterling. Deutschland sei bis zu einem gewissen Grade an seinem Unglück selbst schuld, erweise infolge seiner Finanzpolitik während des Krieges, außerdem habe es versucht, das Defizit seines Budgets durch den Druck von Banknoten auszugleichen. England habe deswegen oft Vorstellungen bei Deutschland erhoben und seit Januar dieses Jahres sei in dieser Beziehung eine Besserung der Lage des deutschen Budgets wahrgenommen. Er sei nach reiflicher Überlegung zu der Ansicht gekommen, daß Deutschland eine beträchtliche Reparationssumme zahlen könne. Zweifelloch werde Deutschland selbst den Wunsch haben, eine vernünftige Summe zu bezahlen, die seiner Leistungsfähigkeit entspricht. Aber im Augenblick sei ein Zahlungsausschub erforderlich.

Meine Rede sei im Augenblick nicht fertig, denn der französische Ministerpräsident werde in der nächsten Woche in London sein, und es sei klar, daß irgend eine Erklärung über die Richtlinien, die die britische Regierung verfolgen werde, die Verhandlungen leicht nachteilig beeinflussen könnte. Der französische Ministerpräsident habe bereits angekündigt, daß er mit gewissen Vorschlägen nach London komme, und diese würden geprüft und es würden Verhandlungen darüber geführt werden. Des Hays werde sicher der Ansicht sein, daß die Regierung darin freie Hand haben müsse.

#### Am Schluß seiner Rede wandte sich Horne der Frage der interalliierten Schulden zu und sagte:

Er wolle im Zusammenhang mit der Balfour-Note nochmals klar betonen, daß England seine Verpflichtungen gegenüber Amerika anerkenne und daß es nicht beabsichtige, sich in irgend einer Form ihnen zu entziehen. Es gebe kein größeres Hindernis für die Wiederherstellung der Welt als die Ausdehnung ihrer Verschuldung. Diese Feststellung ist in keiner Weise durch die Krisen geschwächt, die hervorgerufen, daß England in der Lage sei, seine Verbindlichkeiten zu bezahlen, aber vielleicht nicht im Stande sein werde, Geld von seinen Schuldnern einzutreiben. Was England anderen schulde, habe es nicht für sich selbst, sondern für die Alliierten aufgebracht. Die gegenseitige Annulierung der Schulden würde der erste Schritt sein zum Wiederaufbau der Welt. England könne aber in dieser Beziehung nicht allein vorgehen und nicht die Lage seiner eigenen Bürger vernachlässigen. Im weiteren Verlauf seiner Rede wies Horne darauf hin, daß die Schuld Englands pro Kopf der Einwohnerzahl größer sei als die der Vereinigten Staaten und die Frankreichs. Unter diesen Umständen könne den britischen Steuerzahlern nicht zugemutet werden, allein die Last der Schulden und Kriegsschulden zu tragen. Es sei überflüssig, zu erörtern, daß unter allen Umständen alles nur Mögliche getan werden müsse. England müsse sich an die Lasten halten und von Dingen absehen, auf die vielleicht die Welt gewartet habe, in der Erwägung, daß, wenn die Nationen ihre Besten für den Krieg als Besten für den Gemeinwohl angesehen hätten, die Welt vielleicht zahlreiche Schwierigkeiten überwunden hätte und neue Hoffnungen berechtigt wären.

Nach Horne sprach Squith über die Reparationskrise. Es müsse etwas geschehen, sonst könne Deutschland dem Bankrott entgegengehen. Die Reparationszahlungen müßten auf eine mögliche Summe reduziert werden.

#### Lloyd George betonte in seinem Schlußwort, Poincare werde bei den Verhandlungen in der nächsten Woche gewisse Vorschläge zu unterbreiten haben. Er vertraue darauf, daß das Unterhause englische Vertreter beauftragten werde, die ohne gebundene Hände an den Verhandlungen teilnehmen könnten, die gemäß ihr Bestes tun würden, um zu einem Arrangement zu gelangen. Bedrücke man Deutschland zu sehr, würde man überhaupt nichts erreichen, sondern Deutschland den Reaktionen in die Hände treiben. Eine Revolution in Deutschland würde eine Gefahr für die ganze Welt bedeuten. Alles sei zu verlieren, wenn man Deutschland bis zum Neuhacken triebe. England müsse am Montag jedem Vorschlag widerstehen, der die britische Lage in Europa verschlechtere.

Deutschland müsse man Entgegenkommen, Frankreich gerechtfertigt widerstehen lassen.

#### Englischer Kabinettsrat.

Der in London gemeldet wird, fand unter dem Vorsitz Lloyd Georges ein Kabinettsrat statt, in dem die Reparationsfrage erörtert wurde. Lloyd George kam im Hinblick auf die amerikanische Kritik an Balfours Note zur Schlußfolgerung, daß ernste Mißverständnisse unterlaufen seien.

### Amerika und die Auslandsschulden.

Washington, 3. Aug. (Newer.) Das Schatzamt teilt mit, daß die Rote Balfours das Verhalten der Vereinigten Staaten in der Frage der Auslandsschulden nicht ändern werde.

Frankfurt a. M., 3. August. Wie ein New Yorker Funkenspruch der „Frankf. Ztg.“ meldet, wird halbamtlich die Herabsetzung der alliierten Schulden bei den Vereinigten Staaten auf die Hälfte angeregt, da eine völlige Streichung angesichts der Volksabstimmung unmöglich ist.

Paris, 3. Aug. Wie Hayes aus Washington meldet, steht die Schuldensondierungskommission auf dem Standpunkte, daß für die Streichung der Schulden, wie England sie anregt, der Kongreß zuständig sei, nicht die Kommission, die die Arbeiten im Einklang mit dem Gesetz fortführen werde, durch das sie selbst ins Leben gerufen worden ist.

Berlin, 3. Aug. Nach einer Londoner Drahtung erklärte Lord Cecil gestern Abend in einer Rede in Oxford sich gegen jede weitere Fortsetzung der Rüstungen. Amerika werde solange kein Geld geben, solange Europa so viel für Rüstungen verschwende. Leider behaupteten in Frankreich noch viele Leute, wenn man Deutschland nicht die Pistole auf die Stirne setze, könne man nichts von ihm bekommen. Er selbst sei jedoch zu der Überzeugung gelangt, daß die Rüstungen, die im Jahre 1914 zu weit geführt wurden, tatsächlich die Ursachen des Krieges seien.

### Frankreich und das Londoner Abkommen. Unberechtigter Vorwurf.

Berlin, 4. Aug. Das französische Ministerium des Reichertens gibt, wie aus Paris berichtet wird, eine Darstellung der französischen Regierung in der Frage der Ausgleichszahlungen, die darauf hinausläuft, alle Schwierigkeiten, die Deutschland selbst anführt, rühren nur aus seinem Verhalten her. Die französische Regierung könne die Interessen der französischen Gläubiger nicht preisgeben. In Berlin scheint man die letzte französische Antwort mißverstanden zu haben. Das Londoner Abkommen könne nach Ansicht der französischen Regierung nur durch einstimmige Zustimmung der beteiligten Regierungen abgeändert werden. Werde das Abkommen nicht so angewandt, wie es beschlossenen sei, so hätte Frankreich juristisch das Recht, das Abkommen zu kündigen und würde damit seine volle Handlungsfreiheit wiedergewinnen.

Der in der französischen und belgischen Presse ausgesprochene Vorwurf, Deutschland habe die Schwierigkeiten bei den Ausgleichszahlungen dadurch selbst verschuldet, daß es den deutschen Schuldner gestatter habe, ihre Schuld durch Zahlung des bloßen Vorkriegskurses abzudecken, ist durchaus unbegründet. Dieser Vorwurf wird von deutscher Seite zurückgewiesen.

### Eine neue deutsche Note?

Nach einer Pariser Drahtung des „Tag“ kündigen der „Petit Parisien“ und andere Blätter eine neue deutsche Note auf den letzten Brief Poincares an. Die Reichsregierung werde darin betonen, daß sie auf ihrer früheren Note beharre und werde erklären, daß in der Kompensationsfrage Deutschland nur Zahlungserleichterungen verlange habe, daß man also unmöglich von einer Nichterfüllung seiner Verpflichtungen vor dem 15. August sprechen könne und infolgedessen keine Veranlassung zu Sanktionen habe.

Paris, 3. August. Im „Journal“ erklärt Lucien Chassaing, daß die Sanktionen, die Poincare in der Frage der Kompensationszahlungen gegen Deutschland zu ergreifen beabsichtige, die folgenden seien: Errichtung einer Zollgrenze gegen Deutschland und Herabsetzung der Zölle zwischen Frankreich und dem Rheinlande, Schaffung eines besonderen Budgets für das Rheinland, Ersetzung des Markgeldes im Rheinland durch eine gesunde Devisen. Die preussischen Beamten im Rheinland würden durch rheinische Beamte ersetzt werden. Die Vollmachten der Rheinlandskommission würden ausgedehnt und eine Präsenzversammlung einberufen werden. Die deutschen Industriellen des besetzten Gebietes würden direkt durch Frankreich ausgebeuldet werden.

### Der französische Ministerrat.

Berlin, 4. Aug. Die Beschlüsse des Ministerrates, der gestern unter Millerands Vorsitz stattfand, werden, wie aus Paris gemeldet wird, streng geheim gehalten.

Der amtliche Bericht besagt folgendes: Ministerpräsident Poincare hat seine Kollegen über die schwebenden auswärtigen Fragen und besonders über den Stand des Reparationsproblems und die Frage der interalliierten Schulden unterrichtet. Der Ministerrat hat die Beschlüsse bekräftigt, die er früher einstimmig gefaßt hat und die er der englischen Regierung in den bevorstehenden Londoner Besprechungen mitteilen wird.

Der Berichterstatter der „Petit Ztg.“ bemerkt hierzu folgendes: Erstens werde bestätigt, daß die Wahrung des „Mitin“, die bisher abgelehnt wurde, der Ministerrat habe in seiner vorletzten Sitzung grundsätzlich Beschlüsse zur Reparationsfrage gefaßt, wahr sei. Zweitens sei auffällig, daß das amtliche Kommuniqué nur von Erklärungen Frankreichs für England spricht und Italien und Belgien, die in London doch auch vertreten sein würden, übergeht. Man vermutet, daß Frankreich eine besondere französisch-englische Sprache wünsche.

Dem Berichterstatter wurde an zuständiger Stelle in Paris mitgeteilt, alle bisherigen Pressemitteilungen über angebliche französische



Pläne beruhen auf Kombinationen. Frankreich werde seine Pläne bis zur Londoner Konferenz geheim halten. Man hofft, eine Verständigung mit England zu erzielen. Allerdings sei die Lage durch das englische Note kompliziert.

Der „Tempo“ erwähnt die Note Balfours und spricht davon, England würde mit der Herabsetzung seiner Forderungen auf den Betrag der eigenen Schuld ein königliches Geschenk machen. Frankreich brauche dann im äußersten Falle nicht mehr als 10 Millionen Pfund Sterling im Jahre an England zu bezahlen, was eines großen Vorteil bedeute.

Se einem offenbar inspirierten Artikel führt der „Tempo“ aus: Die internationale Anleihe sei unmöglich, wenn England die allgemeine Schuldenerregung ablehne. Zur Erfüllung der deutschen Forderungen, heißt es an anderer Stelle, sei eine Besserung und Stabilisierung des Marktes notwendig. Das gelte z. B. für den französischen Antrag der Reparationskommission, das deutsche Aktienkapital um 1/4 zu erhöhen und für Reparationszwecke zur Verfügung zu stellen. Das gelte ferner für die deutschen Vorschläge an die Vertreter des Reparationskomitees, für die Einnahmen der Reichseisenbahnen und den Ertrag der Domänen.

22. Paris, 3. Aug. Der Ministerpräsident Poincaré hat heute vormittag im Ministerrat über die laufenden Angelegenheiten der auswärtigen Politik, namentlich über den Stand der Reparationen und der Frage der interalliierten Schulden, Bericht erstattet. Der Ministerrat hat die bereits früher von ihm gefassten Beschlüsse einstimmig bestätigt, die die Regierung bei den bevorstehenden Besprechungen der englischen Regierung auseinandersetzen wird.

**Poincaré und der Bankierdorschlag.**

1. Berlin, 4. Aug. Wie aus Paris berichtet wird, hat der „Transpazent“ erfahren, daß Poincaré bereit sein würde, das Anleiheprojekt der Weltbankiers noch einmal zu prüfen, falls Deutschland Garantien gebe und falls beim Zerlegen dieser Garantien die Möglichkeit zu Sanktionen bestehen bleibt. — Das „B. Z.“ weist darauf hin, daß diese Information im Widerspruch zur Auffassung des „Tempo“ steht: Die beiden Voraussetzungen für eine internationale Anleihe seien die Herabsetzung der deutschen Verpflichtungen und der Verzicht auf Sanktionen. Zum ersten Zugeständnis scheint Frankreich bereit zu sein, zum zweiten nicht.

22. Paris, 3. Aug. Nach einer Hausmeldung aus London verlaute gestern Abend von gut unterrichteter Seite, daß die Besprechungen zwischen Lord George und Poincaré vielleicht länger dauern würden, als man zuerst angenommen habe.

**Englische Kritik.**

22. London, 3. Aug. Der britische Mitarbeiter des „Daily Telegraph“ schreibt: Poincarés Ultimatum ist angesichts der angedrohten Zwangsmassnahmen am Samstag als eines der ernstesten diplomatischen Schriftstücke einer ersten Zeit zu betrachten, dessen unmittelbares Ergebnis kaum den gewünschten Erfolg haben kann, obwohl der französische Ministerpräsident in vollem Voraussehen handelte, daß die Welt um 500 bis 600 Punkte fallen würde. Es ist versucht worden, Frankreichs selbständiges Vorgehen zu rechtfertigen mit der Begründung, daß diese Angelegenheit nicht der Zuständigkeit des Reparationsausschusses unterstehe. Dies mag richtig oder falsch oder unkorrekt sein, aber es liegt auf der Hand, daß das Vorgehen ungeheuer ist, abgesehen von der Tatsache, die sich aus der britischen, belgischen und wahrscheinlich auch italienischen Antwort auf die deutsche Note zeigt. Wie die Angelegenheit durch die interalliierten Regierungen geregelt wurde, immer wieder, wie z. B. bei der Konferenz von Cannes, ist sie durch die alliierten Minister im Zusammenhang mit der Reparationsfrage erörtert worden. Hierzu kommt, daß Sanktionen (außer in gewissem Umfang) von einer der Mächte einzeln vorgenommen werden können, gewiß nicht ohne vorherige interalliierte Beratung, eine Regelung, die Frankreich selbst in jedem Falle zu beachten sich verpflichtet hat.

Zu den deutschen Vermutungen, daß die Zwangsmassnahmen in Elsch-Bochringen und im Rheinland erfolgen könnten, bemerkt der Mitarbeiter: In juristischer Beziehung würden die Alliierten Frankreichs vielleicht nicht in der Lage sein, bei Sanktionen im Elsch zu intervenieren. Aber andere Sanktionen, z. B. im belagerten Gebiet, könnten von Frankreich nicht selbständig vorgenommen werden, außerdem unter Verletzung des Versailler Vertrages und unter Abhängigkeit der interalliierten Rheinlandkommission. Frankreich werde es sich wohl überlegen, ehe es den Versailler Vertrag zerlegt. Der Mitarbeiter führt weiter aus, in britischen Kreisen werde naturgemäß energisch Einspruch gegen den Satz erhoben, in dem jenseitiges Poincaré für sich das Recht in Anspruch genommen habe, in dieser Frage nicht nur im Interesse des französischen Bürgers, sondern auch in dem der anderen Signarmächte zu sprechen.

Der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraph“ schließt: Tatsächlich hat die französische Regierung zum mindesten Großbritannien in unangenehme Verlegenheit gebracht, eine etwaige Anfrage der deutschen Regierung, ob Poincaré in seiner Note Englands Anschauungen und Interessen vertrete, mit „Nein“ beantworten zu müssen.

**Die englische Luftflotte.**

22. London, 3. Aug. Im Unterhaus erklärte Lord George auf eine Anfrage, aufgrund einer vom Reichsverteidigungsausschuß vorgenommenen Untersuchung habe die Regierung beschlossen, den vom Luftfahrtminister vorgelegten Plan zu billigen, wonach eine Verteidigungsflotte von 500 Flugzeugen aufgestellt werden soll. Die Kosten würden zwei Millionen Pfund Sterling betragen. Große Bestellungen zwecks Auslieferung dieses Programms würden in diesem Jahre an Privatfirmen vergeben werden.

Dieser Beschluß werde einer weiteren Verklärung der Luftstreitkräfte nicht vorzuziehen, falls die nationale Sicherheit eine solche erforderlich sollte; diese Frage werde im nächsten Jahre im Lichte der Finanzlage und der Luftfahrtpolitik anderer Mächte geprüft werden.

Woodward fragte: „Ist diese riesige Erhöhung unserer Ausgaben für die Luftflotte auf die enorme Entlastung des Budgets in Frankreich zurückzuführen?“ Lord George erwiderte: „Wir haben alle Umstände in Rechnung zu ziehen.“

**Die Türkei und Smyrna.**

22. Konstantinopel, 3. Aug. Durch das Ministerium des Äußeren hat die Regierung des türkischen Reiches gestern Abend den alliierten Kommissaren folgende Note überreicht:

Die Regierung des türkischen Reiches hat in Erfahrung gebracht, daß der Vertreter Griechenlands in Smyrna unter dem 30. Juli eine Proklamation erteilt hat, in der die Autonomie der von den Griechen in Kleinasien beherrschten Gebiete verkündet wird. Die türkische Regierung protestiert in aller Form gegen diesen Akt, der der Verletzung der großen Rechte gedenkt und einen Angriff auf ihre unzerstörbaren Rechte darstellt. Die Worte erklären, daß die besagte Proklamation jeden Wertes entbehre und glaubt bezüglich ihrer Fragen Vorbehalte formulieren zu müssen, die einer schiedsgerichtlichen Entscheidung unterliegen. Die Note bietet die alliierten Kommissare, diesen Protest ihren Regierungen zu übermitteln.

**Balfours Kriegsschuldenprogramm.**

London, 2. August.

Nach widersprüchlichen Zeitungsmitteilungen, die über den englischen Entschädigungsplan in Umlauf gesetzt wurden, kam Balfours Programm, in einer Zirkularnote niedergelegt, ins rechte Licht, da die britische Regierung ihre Ansprüche auf die deutsche Entschädigungsquote (1450 Millionen Pfund Sterling) nicht fallen läßt, vielmehr eine Verknüpfung dieser Forderung mit den Gelddarlehnen der Alliierten an England, sowie an Nordamerika beantragt. Balfour, der als Bevollmächtigter Englands an der Washingtoner Konferenz teilnahm, weist den Weg zu einer endgültigen Lösung des Entschädigungsproblems so, wie man es von ihm eigentlich nicht anders erwarten konnte: über Amerika. Das Stundungsschema des früheren englischen Finanzministers Macdonna, die Erleichterung der englischen Zahlungen an die Vereinigten Staaten betreffend, läßt wieder in den Vordergrund. Die „Times“ erwarten die Einberufung einer internationalen Washingtoner Finanzkonferenz, die grundlegende Bestimmungen für die wechselseitigen Abmachungen unter den Schuldner- und Gläubigermächten schaffen soll. Alle Kommentare, die heute über Balfours Programm vorliegen, konzentrieren sich auf den einen Punkt: Amerika muß jetzt eine grundsätzliche Zustimmung zur Unterbrechung des Schuldenproblems geben, es muß England eine Erleichterung gewähren, dann läßt sich das europäische Geldchaos einer Neuordnung zuführen.

Man glaubte, daß die englische Regierung, ohne Berücksichtigung der Verpflichtungen gegenüber den Vereinigten Staaten, die deutsche Entschädigung annullieren werde; dadurch würde sich die Einigung mit Frankreich und Belgien erleichtert haben. In englischen Handelskreisen, die mit dem Londoner Abkommen aufräumen wollen, wurde dieser Weg ernstlich empfohlen. Das Opfer sollte gebracht werden, um die mitteleuropäischen Valuten zu retten und die Kaufkraft der geschlagenen Völker zu heben. Noch wenige Stunden vor dem Bekanntwerden des Balfourschen Rundschreibens schrieb „Manchester Guardian“: „Wir werden auf die deutschen Zahlungen verzichten und Frankreich die Mittel zu einem schnellen Wiederaufbau seiner verwüsteten Gebiete liefern. Die Vernichtung der deutschen Mark zu verhindern, ist eigentlich unser nächstliegendes Interesse.“ Geben wir unsere Forderung an Deutschland preis, so bereiten wir den Weg zu einer Verständigung über die Einschränkung der deutschen Rotesfabrikation vor.“ Das Blatt vertritt den Standpunkt, daß die Einstellung der „Markt-Produktion“ den ersten Schritt zu einer Klärung des Valutaproblems bilden müsse. Balfours Note gefaßt dem liberalen Blatt, das die Meinung der nordenglischen Handels- und Industriekreise repräsentiert, nicht im Geringsten. Während die Koalitionszeitungen — wie bereits erwähnt — den Weg über Amerika für den einzig gangbaren halten, verurteilt „Manchester Guardian“ diesen Vorschlag, aus dem einfachen Grunde, weil die Vereinigten Staaten zuerst die Regelung der europäischen Entschädigungsfrage wünschen, ehe sie sich auf eine Konferenz über die Schuldenerleichterung mit England und Frankreich einlassen. Zudem, so schreibt „Manchester Guardian“ vertritt Poincaré in der die Vereinigten Staaten betreffenden Schuldenangelegenheit einen anderen Standpunkt als die britische Regierung. Die jüngsten Verhandlungen zwischen dem französischen Botschafter in Washington mit dem amerikanischen Staatsdepartement beweisen, daß Frankreich keine Zinszahlungen weiterhin fortsetzen gedenkt. Von einer Erhöhung ist zwischen den französischen Experten und den amerikanischen Bevollmächtigten bisher nicht ein Wort gesprochen worden. Mehr als das: in einer kürzlich gehaltenen Rede des französischen Finanzministers findet man den Vorschlag: „Wir werden unseren Verpflichtungen gegenüber Amerika nachkommen, denn wir sind davon überzeugt, daß das amerikanische Publikum einer Streichung der Schulden nicht zustimmen kann und wird.“

Frankreichs Standpunkt hinsichtlich der „Abmilderung des Schuldenprogramms“ via Amerika befindet sich nicht in vollem Einklang mit Balfours Vorschlägen. Der Pariser „Times“-Korrespondent macht auf diesen Meinungsunterschied mit Nachdruck aufmerksam und glaubt mitteilen zu können, daß Poincaré anlässlich der Londoner Alliiertenkonferenz auf die französischen Grundzüge betreffs der extraeuropäischen Schuldverpflichtungen hinweisen wird. Man entnimmt ferner den Washingtoner Meldungen der „Times“, daß eine internationale Finanzkonferenz nur dann Aussicht auf Erfolg haben könnte, wenn die Schulden Englands an die Vereinigten Staaten „grundsätzlich zur Tilgung gelangen würden“. Der Korrespondent betont, daß von einer Streichung heute nicht die Rede sein dürfe. Die öffentliche Meinung in Nordamerika würde das für eine „Beleidigung“ ansehen. Bestenfalls wäre eine Stundung des Rentenendienstes auf fünf Jahre möglich, wobei die amerikanische Regierung für ein finanzielles Äquivalent Sorge tragen müßte. Man gewinnt den Eindruck, daß in amerikanischen Exportkreisen die Idee einer breiten kommerziellen Verständigung mit England (als Gegenleistung für die Stundung und den Zahlungsaufschub) viele Anhänger gefunden habe. Dies gilt jedoch bloß für den amerikanischen Osten, der den Außenhandel benötigt. Im Westen und in Zentralamerika interessiert man sich für Export weniger und sieht der englischen Schuldenpolitik abgeneigt gegenüber; man verlangt kurzweg die Erfüllung der Verpflichtungen.

Balfours Note wird in den Vereinigten Staaten eine sehr geteilte Aufnahme erhalten. „Der Blick“, an dem die endgültige Regelung des Entschädigungsproblems geschehen kann, sind die 850 Millionen Pfund Sterling (zum Parikurs von 1916), die wir an die Vereinigten Staaten bezahlen müssen; so schreibt das offizielle Blatt „Daily Chronicle“. Der konservative „Daily Telegraph“ bezweifelt den praktischen Erfolg der Balfourschen Vorschläge. Eine optimistische Tonart schlägt das Organ des Lord Beaverbrooke, „Daily Express“, an; es appelliert an die „Barmherzigkeit der Vereinigten Staaten“ und glaubt damit den richtigen Weg gefunden zu haben.

Den engen Zusammenhang zwischen Balfours Rundschreiben und den bevorstehenden Besprechungen der alliierten Staatsmänner betont „Daily Chronicle“. Das Blatt erkennt die größte Schwierigkeit eines interalliierten Übereinkommens hinsichtlich der deutschen Entschädigungsverpflichtungen in Frankreichs Standpunkt, das Moralismus abzulehnen, falls nicht scharfe Kontrollmassnahmen der deutschen Finanzverwaltung auferlegt würden. „Daily Chronicle“ spricht das Bedenken aus, daß eine offensichtliche Umwandlung der deutschen Geldwirtschaft in ein „alliiertes Finanzunternehmen“ eine ablehnende Haltung der Vereinigten Staaten zur Folge haben werde. Die zu treffenden Kontrollmassnahmen dürfen nur solcher Art sein, daß Deutschlands finanzielle Oberhoheit die jure gewahrt bleibt. Die französische Auffassung schließt ernste Hindernisse, namentlich die Durchführung einer internationalen Anleihe Deutschlands, an der hauptsächlich Amerika

teilnehmen soll, würde durch die Dittomanisierung des deutschen Finanzsystems unmöglich gemacht werden.

Die vorherrschende Auffassung der englischen Finanzkreise geht dahin, daß Balfours Rundschreiben als diplomatisches Horzpiel zu den finanziell-technischen Unterhandlungen über das Kriegsschuldenprogramm angesehen sei. Es handelt sich, nach einem Börsenbericht des „Daily Telegraph“, weniger um eine starre Richtlinie der englischen Schuldenpolitik, sondern um den Versuch, die Plattform für die endgültige Regelung des Problems auch auf die Vereinigten Staaten auszudehnen. Letzten Endes sei aber Balfours Vorschlag von der Haltung Frankreichs in der deutschen Entschädigungsfrage abhängig.

**Verchenfeld kommt nach Berlin.**

Berlin, 4. August.

(Von unserem Berliner Büro.)

Die mündlichen Besprechungen zwischen der Reichsregierung und dem bayerischen Ministerpräsidenten werden, wie nunmehr feststeht, am Samstag aufgenommen werden. Für heute vormittag ist, wie wir hören, eine Kabinettsitzung in Aussicht genommen, in der man das Schreiben des Grafen Verchenfeld eingehend besprechen wird. Eine abschließende Stellungnahme der Reichsregierung zu der Note liegt noch nicht vor.

In den kommenden Verhandlungen mit dem Grafen Verchenfeld wird es sich in der Hauptsache darum handeln, daß durch Zulassung von Maßnahmen, worin die Hoheitsrechte der Länder sichergestellt werden, die bayerische Regierung veranlaßt wird, ihre Verordnung vom 24. Juli aufzuheben und in ihrem Hoheitsbereich das Reichsgesetz zum Schutz der Republik zur Durchführung zu bringen. In den Kreisen der Regierung besteht offenbar die Absicht, auf eine ähnliche Bestimmung über die Hoheitsrechte, wie sie bereits in der früheren Reichsverfassung bestand, zurückzugreifen.

In der Berliner Presse findet die bayerische Note eine sehr unterschiedliche Beurteilung. Während die rechtsstehenden Blätter ihre völlige Verurteilung ausdrücken, bemüht sich das „Berliner Tageblatt“ nachzuweisen, daß die Regelung, die das Schreiben der bayerischen Regierung in Vorschlag bringt, unbefriedigend sei, und daß sie Keime zu neuen Verwicklungen birge. Das Blatt hofft jedoch, daß im Hinblick auf die auswärtigen Schwierigkeiten der Konflikt aus der Welt geschafft wird. Der „Vorwärts“ äußert die Ansicht, daß die schriftliche Antwort auf das Schreiben des Grafen Verchenfeld sehr scharf hätte ausfallen müssen. In mündlichen Verhandlungen werde sich dagegen manches sagen lassen, was unmittelbar in die Öffentlichkeit gemessen, nur dazu dienen könnte, den Konflikt in verhängnisvoller Weise zu vertiefen.

Die unabhängige „Freiheit“ schreibt: Bayern will los von der Republik, und die „Note Fahne“ nennt die Antwort eine schallende Ohrfeige für die Reichsregierung.

1. Berlin, 4. August. Wie die „Deutsche Zig.“ erzählt, wird der bayerische Ministerpräsident Graf Verchenfeld am Samstag in Berlin eintreffen, um in Verhandlungen mit der Reichsregierung einzutreten. Der Reichskanzler habe die Reichsminister Gehler und Fehr gebeten, an den Verhandlungen teilzunehmen. Die beiden Minister würden vor ihrer Reise nach Berlin Gelegenheit nehmen, dem Grafen Verchenfeld in München zu besuchen.

1. München, 3. August. Die Münchener Abendblätter und die „Bayerische Staatszeitung“ geben den Brief des bayerischen Ministerpräsidenten an den Reichspräsidenten kommentarlos wieder. Nach einer Berliner Meldung der Staatszeitung soll der Reichspräsident die Absicht haben, den bayerischen Ministerpräsidenten zu bitten, sobald zu Verhandlungen nach Berlin zu kommen. Wie das OAB. erzählt, wird der bayerische Gesandte in Berlin, Ritter von Breger, am Freitag zu Informationen über die weitere Behandlung der Angelegenheit in München eintreffen.

Das bayerische Oberste Landesgericht hat, wie die Blätter melden, anlässlich einer Beschwerde in einem Nürnbergger Fall die Verfassungsmäßigkeit und Rechtsgültigkeit der bayerischen Verordnung zum Schutze der Republik vom 24. Juli bestätigt.

**Der pfälzische Eisenbahnerverband gegen Bayern.**

OAB. Ludwigshafen (Rhein), 3. Aug. Die pfälzische Eisenbahnerkonferenz des deutschen Eisenbahnerverbandes verlangt in einer Entschiedenheit die Auflösung der Zweigstelle Bayern, da sie in ihr einen Hemmschuh in der Zentralisation des Betriebes erblickt. Insbesondere haben, so heißt es in der Entschcheidung, die Pfälzer Eisenbahner das größte Interesse, daß endlich die Verwirklichung des Betriebsplans einheitlich durchgeführt wird. Die Veranlassungen geloben, im Sinne der Reichseinheit wirken zu wollen und allen separatistischen Bestrebungen mit allen Mitteln entgegen zu treten. Weiter beobachtet die Veranlassung die Vorgänge in Bayern mit Bedauern und werden zu den monarchistischen Bestrebungen mit entsprechenden Gegenmaßnahmen anzuregen.

1. Berlin, 4. Aug. (Von unserem Berliner Büro.) Die Reparationsverhandlungen in München sind gestern in später Abendstunde abgebrochen worden. Nach langen Beratungen einigte man sich darauf, daß die bayerische Mittelpartei das Justizministerium erbat, die bayerische Volkspartei des Handelsressort-Befehlens wird. Die Personalfrage soll heute gelöst werden.

**Deutsches eich.**

**Die Untersuchung im „Athensprozeß“.**

1. Berlin, 4. Aug. (Von unserem Berliner Büro.) Wie erst jetzt bekannt wird, erhebt der Korpsdiener eines Charlottenburger Korps Anspruch auf die mehr als 2 Millionen Mark betragende Forderung, die zur Ermittlung der Mörder des Reichens ausgesetzt war. Er will als erster die Spur auf Teschow gelenkt haben. Nach seinen Beobachtungen fuhr am Tage vor dem Mord vor dem Korpshaus ein Auto vor, das Teschow führte, und in dem zwei Personen saßen. Diese luden im Korpshaus zwei Koffer ab, die sie am gleichen Tage wieder abholten. Wie beobachtet wird, soll am Abend des Mordtages ein Kommerz stattgefunden haben, bei dem Teschow anwesend war. Als der Korpsdiener eine längere Beschreibung des Autos und der Täter las, schloß er Verdacht und machte Anzeige. Möglicherweise wird es nun zu einem Klageverfahren kommen.

Der zum bevorstehenden Untersuchungsrichter in der Teschow-Kasenda ernannte Landgerichtspräsident Hiltz hofft, das Verbrechen in den nächsten Tagen soweit klären zu können, daß er Ende der Woche die Voruntersuchung abschließen kann. Es wird Hiltz dem Staatsgerichtshof in Leipzig übergeben. Das wird sich im wesentlichen darum handeln, ob bei dem einzigen Überlebenden der drei Täter, Teschow, dem Führer des Autos, Witzler, schuldig oder schuldig zum Mord in Betracht kommt. Der Preis der langwierigen Verfahren beläuft sich auf umgerechnet 18 Personen. Ein Teil von ihnen hat gegen den Oberstaatsanwalt Reich vom Polizeipräsidenten wegen Freiheitsberaubung und Mißbrauch der Amtsgewalt Strafantrag gestellt.



# Messen und Ausstellungen.

## Deutsche Gewerbechau München 1922.

Dem Reichskommissar für Aus- und Einfuhrbewilligung in Berlin ist Regierungsrat Simon als besonderer Beauftragter für die Deutsche Gewerbechau abgeordnet worden. Regierungsrat Simon hat seine Tätigkeit bereits aufgenommen — Der Magistrat Cassel entsendet 31 Angehörige der gewerblichen Stände sowie Lehrer der Gewerbe unter Bewährung von je — 2500.— Beihilfe zum Besuche der Gewerbechau nach München. An der Aufbringung der gesamten Summe von 77 500 M. beteiligten sich außer der Stadt die Gewerbetreibenden und der Museumsverein in Cassel. Diese Beihilfe ist ein Beispiel weitestgehender Gewerbeförderung, das auch anderwärts rege Nachahmung verdient.

## Die Dombauhütte auf der Deutschen Gewerbechau.

Die „Dombauhütte“, die unter der Leitung von Professor Peter Behrens errichtet wurde, ist dieser Tage eröffnet worden mit einer Feier, zu der Gäste aus den Kreisen der staatlichen und höchsten Behörden, der Kunststiftung, des Schrifttums und anderer Berufsgruppen Deutschlands geladen waren. Professor Behrens nahm zunächst das Wort zu längeren Ausführungen, in denen Verlauf der Ausstellung und Ziel der Dombauhütte kennzeichnete. Die Technik des Eisenbaus soll gezeigt, der Eisenstein in seiner vielfachen Gestaltungsformen und eiden Wertstoffwirkung zur Geltung gebracht werden. An der Durchführung des Baues haben sich große Firmen, wie die Dödenburger Alltnerwerke in Bochum, die Siegrube, die Ulmerwerke (Niederlausitz), die Karolinenwerke, die Hütten und die Zochsteinfabrik Martini bei Erfurt beteiligt. Ebenso wie bei den Bauern des Hauses sollte beim innern Ausbau auf werkgerechte, solide und alle handwerkliche Behandlung der Nachdruck gelegt werden. So entstanden eine Anzahl bemerkenswerter Leistungen, wie das große Profil von Billerow u. Boch, Weisbach, die Glasfenster von der Glasmaterie Kreuzer, der Sargtopf und das Taufbecken von Karl Tisch u. a. m. Der Redner betonte, daß es der Arbeitsgemeinschaft der Dombauhütte, Industriellen, Handwerkern und Künstlern für diesen Bau darauf ankam, das Gegenteil von dem zu schaffen, was industrielle und mechanische Arbeit ist und was bei einigen Werte als „Werkstoff“ bezeichnet werden kann. Demgegenüber wies er hin auf die große Anzahl feingearbeiteter künstlerischer Gegenstände in der Dombauhütte, die von Künstlern stammen, die selbst das Material mit dem Werkzeug behandelt haben. Der Präsident der Deutschen Gewerbechau, Professor Schatzogel, gab dann seiner Freude als Reichskommissar Ausdruck, daß Professor Behrens der erste war, der in die Bewegung des Jugendbaues, die seit einigen Jahren im Gange ist, eingegriffen war. Reichskommissar Redlob begrüßte das Werk als eine Basis, auf der sich das Verständnis für künstlerische Kunst und künstlerische Arbeit, die nach einer Gemeinschaft drängen, aufbaut. Die warmen Worte, mit denen Professor Dr. Witte vom Schilling-Museum in Köln das Werk der Dombauhütte begrüßte, weiteten sich zu einer allgemeinen Betrachtung über die wahren Aufgaben religiöser Kunst. Das Schlußwort nahm Professor A. L. Metzger, der für die Münchner Kunststiftung Professor Behrens und seinen Mitarbeiter dankte.

## Ausstellung von Erfindungen und Neuheiten.

Der Deutsche Erfinder-Schuhverband, e. B. München, gegründet 1912, veranstaltet während der Deutschen Gewerbechau in München eine große Ausstellung von Erfindungen und Neuheiten, die allen Erfindern günstige Gelegenheiten bieten soll, ihre Erfindungen ohne große Kosten zu verkaufen. Vollständig mittellose und arbeitslose Erfinder sowie Kriegsbeschädigte erhalten gegen entsprechende behördliche Bescheinigung Freipässe. Die Anmeldungen müssen sofort erfolgen. Bedingungen durch die Geschäftsstelle des Verbandes, München, Johannisstraße 20.

## Tabakausstellung.

11. Nürnberg, 3. August. Die in Verbindung mit der 29. Landwirtschaftlichen Wanderausstellung veranstaltete Ausstellung deutscher Tabak brachte ein anschauliches Bild über den derzeitigen Stand des Inlandstabakbaues. Baden stellte die Kultur der badischen Tabakpflanze als Sammelausstellung der badischen Landwirtschaftskammer aus. Von den 116 badischen Ausstellern entfielen auf die Tabakpflanzung der Landwirtschaftskammer 40 und auf die mittelbadische Tabakbauvereinigung 76 Aussteller. Die badischen Tabakbauern fanden zum größten Teil volle Würdigung des Preisgerichts. Von den 116 badischen Ausstellern konnten 88 prämiert werden. Hieran wurden der Tabakpflanzung der badischen Landwirtschaftskammer von 37 im Wettbewerb gefundenen Kulturen 36 Auszeichnungen zuerkannt, darunter 5 erste Preise mit Ehrentafelmedaillen. Die Ausstellung zeigte, daß den Bestrebungen des deutschen Tabakbauerverbandes und der badischen Landwirtschaftskammer zu einem großen Teile nachgekommen worden ist und der Inlandstabakbau wieder von dem unter der Kriegswirtschaft eingeschlagenen Weg des Quantitätsbaues abgerückt ist und jetzt sein Bestreben wieder auf Hebung und Verbesserung der Qualität der deutschen Tabake eingestellt hat.

## Frankfurter Herbstmesse.

Die Schweizerischen Bundesbahnen haben für italienische Besucher der nächsten Frankfurter Messe, die vom 8. bis 14. Oktober stattfinden, von neuem die Ausgabe von Sonderfahrkarten zu ermäßigten Sätzen angeordnet. Die Gültigkeit der Ermäßigung erstreckt sich auf die Linie Chiasso-St. Gotthard-Basel. Auch die italienische Staatsbahnverwaltung hat für die italienischen Besucher der Frankfurter Messe für den ganzen Umfang des italienischen Eisenbahnnetzes von neuem eine Herabsetzung der Personen-

fahrpreise eintreten lassen. Das große und dankenswerte Entgegenkommen der Staatsbahnverwaltung Rom wird bei dem wachsenden Zustrom von Kaufleuten, den Italienern zur Frankfurter Messe entfesselt, in den beteiligten Kreisen lebhaft begrüßt.

## Die Leipziger Hygienemesse.

Die Hygienemesse, die im Herbst 1922 im Rahmen der Leipziger Mustermesse wiederum, und zwar in noch größerem Umfang als im Herbst 1921, stattfinden wird, wird wieder in der großen Kuppelhalle auf dem Ausstellungsgelände der Technischen Messe untergebracht sein. Die einzelnen örtlichen Messen der Industrieverbände sowie der Ausstellungs- und Messenausschuss der Hygieneindustrie haben es übernommen, diese Veranstaltung in geeigneter Weise zu unterstützen. Auch der Verband der Ärzte Deutschlands, der dem Ausstellungs- und Messenausschuss angehört, hat seine Mitwirkung in großzügiger Weise zugesagt.

## Städtebau- und Siedlungsausstellung während der Ueberlee-Woche Hamburg.

Während der Ueberlee-Woche wird in der Hamburger Kuppelhalle eine Städtebau- und Siedlungsausstellung veranstaltet, die, nach wissenschaftlichen Gesichtspunkten geordnet, einen Ueberblick über die verschiedenen Bestrebungen geben soll, die sich nach dem Kriege im Städtebau- und Siedlungswesen in Deutschland geltend gemacht haben. Die Ausstellung, die in ihrer Art die erste nach dem Kriege in Deutschland ist, soll dem Besucher einen kleinen Auschnitt aus der deutschen Volkswirtschaft zeigen und ihm eine Reihe von Problemen erschließen, die in der deutschen Volkswirtschaft der Gegenwart eine wichtige Rolle spielen.

## Eine Sonderabteilung „Milchwirtschaft“ auf der Landwirtschaftlichen Ausstellung der Deutschen Ostmesse in Königsberg.

Die Landwirtschaftskammer für die Provinz Ostpreußen wird auf ihrer Ausstellung, die während der Herbstmesse (13. bis 18. August) in der Hindenburg-Oberrealschule in Königsberg stattfindet, auch eine besondere Abteilung „Milchwirtschaft“ einrichten, deren Leitung Herr Prof. Dr. G. Grimmer vom milchwirtschaftlichen Institut der Landwirtschaftskammer übernommen hat. Die Abteilung soll eine komplette Einrichtung eines Molke- und Käselaboratoriums, eine komplette Einrichtung einer Gutmilcherei, außerdem Milchprodukte enthalten.

## Zur Weltausstellung in Rio de Janeiro.

Die zum Gedächtnis der hundertjährigen Unabhängigkeit Brasiliens in der Zeit vom 7. September bis 15. November d. J. veranstaltete Weltausstellung in Rio de Janeiro ist durch die in den letzten Monaten erfolgte Einstellung mehrerer deutscher Dampfer in diesen Dienst infolge der gestiegenen Preise für Kohlen und Öl sehr beeinträchtigt. Eine günstige Ueberfahrtsgelegenheit bietet sich auf den Post- und Passagierdampfern der Hamburg-Amerika Linie. Die nächsten Ueberfahrtsdaten von Hamburg, — für den Dampfer Baden am 22. August, Teutonia am 6. September und Galicia am 6. Oktober — liegen so, daß die Fahrgäste dieser Schiffe die Ausstellung besuchen können.

# Wirtschaftliche Fragen.

## Zur Neuordnung der Reichsbesoldungsordnung.

Schreibt die Ortsverwaltung Mannheim des Zentralverbandes der Gemeindearbeiter und Straßenbahner (Christl. Gewerkschaft) folgendes: Durch die Neuordnung der Besoldungsordnung ist das eingetretene, was von unserer Seite schon längst befürchtet war und was sich auch im vergangenen Jahre recht unangenehm bemerkbar machte für die dienstjüngeren Beamten, daß nämlich infolge der projektualen Regelung der Teuerungszuschläge der Unterschied zwischen Anfangs- und Endgehalt zu weit auseinander liegt, die Spannung zu groß ist. So beträgt z. B. die Differenz zwischen Anfangs- und Endgehalt eines Beamten der Gruppe 4 im Jahre 20 200 M., in der Gruppe 5 sogar 20 500 M. Genau so sieht es in sämtlichen Besoldungsgruppen aus. Dagegen beträgt z. B. der Unterschied in den Anfangs- und Endgehältern eines vergleichbaren Gemeindearbeiters im Jahre 5750 M., ist also wesentlich besser. Die Ortsverwaltung Mannheim adigen Verbandes hat aus diesem Grunde an die zuständige Spitzenorganisation (Deutscher Gewerkschaftsbund — D.G.B.) den Antrag gerichtet, sich für eine entsprechende Erhöhung der Anfangsbezüge der Beamten einzusetzen, denn es ist letzten Endes ein Umding, daß der Beamte, an den meistens noch höhere Anforderungen in jeder Beziehung gestellt werden, wie an die vergleichbaren Arbeiterkategorien, bedeutend schlechter im Lohn gestellt ist, als diese. Es beträgt z. B. der Anfangslohn eines fahrd. Handwerkers in Mannheim pro Tag 230 M., während der Anfangslohn des Beamten in Gruppe 5 238 M. und in Gruppe 4 sogar nur 222 M. beträgt. Wir haben absichtlich nicht die Löhne der Privatindustrie herangezogen, meinen aber, daß die oben angeführten Zahlen der beste Beweis dafür sind, daß eben der Beamte zum mindesten in seinen Anfangsbezügen viel zu schlecht gestellt ist. Wenn die Regierung und die Kommunen ein Interesse daran haben, einen arbeitsreudigen, tüchtigen Beamtenstand auf die Dauer zu behalten und auch die Löhne auszufüllen, dann ist unumgänglich notwendig, daß bei der Regelung der Besoldung diesen Dingen mehr Rechnung getragen wird.

**Eine neue Indizesziffer?**  
In der letzten Nummer der „Umlauf“ (Frankfurt a. M., Herausgeber Professor Behold) veröffentlicht der Direktor des Statistischen Amtes der Stadt Frankfurt a. M., Dr. Busch, den Versuch der Berechnung einer neuartigen Indizesziffer für die Steigerung der Kosten der Ernährung. Die Berechnung spielt in der Feststellung des Preises von 1000 Ernährungseinheiten (Kalorien) und löst sich damit von der fast in allen Indizesziffern üblichen Beschränkung auf einen bestimmten Kreis oder eine bestimmte Haushaltszusammensetzung los. Somit handelt es sich nicht nur um eine log. Teuerungszahl oder eine Angabe der Kosten der Lebenshaltung, sondern die Grundlage einer wirklichen Indizesziffer-Berechnung, welche auch infolgedessen eine Wägung enthält, als die berücksichtigten Lebensmittel in bestimmten Mengen eingesetzt sind, wie sie zur Ausgabe von 1000 Ernährungseinheiten notwendig ist. Die Hauptvorteile dieser Berechnungsart beruhen darin, daß die Indizesziffern in den nächsten kürzesten Zeit auf den Tag berechnet werden können und infolge ihrer einheitlichen und gleichbleibenden Grundlage interlokale Vergleiche ermöglichen. Für Frankfurt a. M. berechnet, ergab sich, daß in der Friedenszeit 1000 Ernährungseinheiten je nach der Jahreszeit zwischen 35 und 56 Pfg. kosteten, daß dann im Jahre 1916 der Preis sich um 1 M. bemogte, sodann in den Jahren 1917 und 1918 auf durchschnittlich 1,35 M., am Ende des Jahres 1919 auf 2,80 M., Ende 1920 auf 4,50 M. und Ende 1921 auf 8,30 M. stieg. Im Jahre 1922 trat dann im Februar die sprunghafte Entwicklung der Preise ein, welche die Indizesziffer auf 15,27 M. hinaufschleuderte, sie dann in den folgenden Monaten März, April und Mai sich auf 17,52 M. bzw. 20,75 bzw. 23,04 M., im Juni auf 27,50 M. erhöhte. Das bedeutet also im Mai rund den 25fachen, im Juni den 27fachen Betrag aus dem Jahre 1916 und gegenüber dem letzten Friedensjahre, wenn man einmal durchschnittlich mit 40 Pfg. rechnet, den 60-70-fachen Betrag unter der Voraussetzung gleichzeitiger Ernährungsbedingungen.

# Städtische Nachrichten.

## Die schlimme Lage des Mannheimer Mehrgewerbes.

Seit unseren letzten orientierenden Betrachtungen über die Mannheimer Fleischversorgung haben sich die Verhältnisse bedeutend verschlechtert, nicht nur für die Verbraucher, sondern auch für die Mehrgewerbetreibenden. Die Läden veröden. Wo sich sonst noch vor wenigen Monaten das Publikum bis zur Tür drängte, sind die Kunden selbst in den verkehrsreichsten Stunden zu zählen. Die Verbraucher sind von einer immer dünner werdenden Schicht abgesehen, einfach nicht mehr in der Lage, die Sprünge, die die Fleisch- und Wurstpreise notgedrungen mit der katastrophalen Entwertung der Mark ausgeführt werden müssen, mitzumachen. Bieten ist bei diesem Galopp schon der Atem ausgegangen und vielen wird er in den nächsten Wochen noch ausgehen. Das Pfund erstklassiges Ochsen- oder Rindfleisch kostet heute 70-76 Mark, 2. Qualität 60 Mark und 3. Qualität 50 Mark. Für ein Pfund Kalbfleisch müssen 70-76 M. bezahlt werden. Das Schweinefleisch ist überhaupt nur noch für diejenigen vorhanden, die jeden Preis anlegen können. 94-98 Mark ist der Mindestpreis. An der Spitze marschieren begreiflicherweise die Wurstpreise. 120 Mark müssen für ein Pfund frische Ware angelegt werden. Dauerware ist noch weit teurer. Der Verbrauch geht unter diesen Umständen rapid zurück. Ein normaler Verbraucher ist in den Mehrgewerbetrieben nur noch am Freitag und Samstag festzustellen, der überzeugendste Beweis dafür, daß die große Masse der Bevölkerung nicht mehr in der Lage ist, sich wochenlang ein Pfund Fleisch zu gönnen. Man kann auch oft die Wahrnehmung machen, daß sich die Hausfrau auf den Einkauf von ¼ oder einem halben Pfund beschränkt.

Die Fleischpreise werden in erster Linie durch die Viehpresse bedingt. Die Hoffnung, daß die Zufuhren zu den Schlachtviehmärkten, die für die Versorgung Mannheim im Betrach kommen, sich bessern würden, hat sich als trügerisch erwiesen. Die regionale Witterung in den letzten Wochen ist auf die Weidewirtschaft und Futterverhältnisse so günstigem Einfluß gewesen, daß der Viehstand noch mehr als früher mit dem Viehverkauf zurückhinkt. Die meisten können in voller Ruhe die weitere Entwidlung unserer Salva abwarten. Im Herbst werden sie dann sicher den Preis bekommen, den sie für den richtigen halten. Die übertriebene Kalkulation hat sich bisher immer als die richtige erwiesen. Es ist nicht damit zu rechnen, daß sie diesmal nicht zutrifft. Die Preise des geringwertigeren Schlachtwiehes halten sich schon seit Wochen auf ungefähre der gleichen Höhe. Volkstümliche, ausgemästete Tiere dagegen sind heute schon fast nicht zu bezahnen. Sündhaft teuer ist hier wohl der zutreffendste Ausdruck.

Mit dem Fleischkonsum läßt auch der Wurstverkauf ganz auffallend nach. Wenn man hört, daß ein Viertel Frischwurst 30 Mark kostet, so wird man im ersten Augenblick den Mehrgewerbetreibenden ein wenig Mitleid haben.



Drogerie Becker Nachf., am Speisemarkt, Drogerie Eichstedt, Kunststr. Drogerie Göttsmann, Marktplatz. E171

# Naturwissenschaftliche Rundschau

## Die Bodenschätze der Rheinlande.

Die Rheinlande waren schon im Mittelalter von größter wirtschaftlicher, ja weltwirtschaftlicher Bedeutung. Diese Bedeutung hatte ihre Ursache in der günstigen handelspolitischen Lage. Der Rhein war die große Zufahrtsstraße von Nord nach Süd, und der Wasserweg mußte zu einer Zeit, wo es nur wenig gute Landstraßen und keine Eisenbahnen gab, von erheblicher Wichtigkeit sein, als er jetzt mehr von dem ungeheuren Reichtum seiner Bodenschätze her. Von entscheidender Bedeutung sind die Eisenerze am Niederrhein. Die Wälder, ein sich westlich von Köln ins niederländische Flachland hin erstreckender Höhenzug birgt das größte Braunkohlenlager Deutschlands. Erze und nuzbare Gesteine werden seit langem im westlichen rheinischen Schiefergebirge gewonnen. Dazu hat man jetzt am Niederrhein umfangreiche Kalksteinschichten entdeckt, deren Ausbeute noch nicht in Angriff genommen ist. Ueber den Umfang und die Bedeutung dieser rheinischen Bodenschätze macht Dr. Werner Teilmann in einer Rhein-Sondernummer des „Universums“ interessante Angaben, denen wir einiges entnehmen wollen.

Unter den Erzkörpern sind die zahlreichen Spateisensteine des Siegerlandes von größter wirtschaftlicher Bedeutung. Seit in hoher Güte und sehr zahlreichen Hochöfenwerke an den Ufern der Elbe entstehen. Da der Siegerländer Spateisenstein nur geringe Mengen von Phosphor enthält, das Thomas-Verfahren aber gerade auf dem Phosphorgehalte der Erze beruht, so sank der Erzkreis im Siegerland infolge der Konkurrenz der stark phosphorhaltigen Eisenerze des Westfalens herab, doch es nur durch besondere tarifliche Vorzüge der Eisenbahn möglich war, den Siegerländer Eisenerzherbau vor der Stilllegung zu bewahren. Durch den Verlust Elbfähigkeit ist der Besitz des Siegerländer Eisenerzes für uns wichtiger denn je. Im Jahre 1920 wurden im Siegerland 1 690 000 T.

Die Blei- und Zinkvorkommen des rheinischen Schiefergebirges sind zum Teil an Belgien gefallen. Es handelt sich um die westlich-reichsten und wichtigsten Blei- und Zinklagerstätten in der Oberwelt. Die bei Oberfelden liegen zum Teil an Polen. Damit haben die rheinischen Erzkörper für uns an wirtschaftlicher Bedeutung noch erheblich gewonnen.

Im Jahre 1920 betrug die Zinkförderung in der Rheinprovinz 15 946 Tonnen und die Bleierzförderung 11 230 Tonnen. Neben dem Erzbergbau spielt auch die Kupferindustrie im rheinischen Schiefergebirge eine große Rolle. Es handelt sich vor allem um Palast, dann aber auch um Quarzite für Pfeilersteine und um Dachziegel. Der Palast-Industrie kommt zur Zeit erhebliche Bedeutung zu, da die Niederlande zur Unterhaltung ihrer Küstendämme große Mengen Palaststeine benötigen. Von dem Umfang der Steinbruch-Industrie kann man sich eine ungefähre Vorstellung machen, wenn man hört, daß die Zahl der beschäftigten Arbeiter annähernd 20 000 beträgt und die Jahreserzeugung sich auf rund 10 Millionen Tonnen beläuft.

Zu den Mineralien der Rheinlande gehören auch die zahlreichen Heligsteinen, die sich in Aachen, Neuenahr, Kreuznach usw. befinden, sowie die zahlreichen Mineralwässer, wie etwa der Rensseler und Gerolstein Sprudel. Wegen ihres großen Fischzuchtbedarfes sind letztere auch für die deutsche Glasindustrie von großer Bedeutung.

An Wichtigkeit übertrifft die rheinisch-westfälische Steinkohlenproduktion das Vorkommen der vorher erwähnten Bodenschätze. Im Jahre 1913 wurden in diesem Bezirk 114 457 000 Tonnen Steinkohlen gefördert, d. h. etwa 60 Prozent der gesamten deutschen Förderung. Oberschlesien kam mit 43 435 000 Tonnen an zweiter, das Saargebiet mit 17 013 000 Tonnen an dritter Stelle. Krieg und Revolution haben freilich die Förderung auch der rheinisch-westfälischen Gruben nicht unbedeutlich zurückgehen lassen. Im Jahre 1921 wurden aber immerhin schon 94 115 000 Tonnen gegenüber 70 948 000 Tonnen im Jahre 1919 gefördert, jedoch wir wohl hoffen dürfen, in absehbarer Zeit die Friedensproduktion zu erreichen und wenn möglich zu überschreiten, um den Verlust von 32 Prozent deutscher Steinkohlenproduktion zu decken, den wir durch den französischen Erzkreis Oberschlesiens und des Saargebietes ersetzen haben. Der Aachener Steinkohlenbergbau ist der älteste des Kontinents überhaupt. Nach urkundlichen Nachrichten geht er auf das Jahr 1113 zurück. 800 Jahre nach seiner Gründung, d. h. im Jahre 1913, siegte der Aachener Bergbau 3 265 000 Tonnen Steinkohlen, während andere linksrheinische Zechen es auf insgesamt 3 721 000 Tonnen brachten.

Besonders nach dem Kriege ist die rheinische Braunkohlenindustrie zu einer vorher nie geahnten Blüte gelangt. Während im Jahre 1910 die Braunkohlenförderung nur 13 022 700 Tonnen betrug, wuchs sie bis zum Jahre 1920 auf 30 583 000 Tonnen an und erreichte im Jahre 1921 sogar eine Förderungsziffer von

34 115 750 Tonnen. Von 1920 auf 1921 haben wir also allein eine Zunahme von 12,5 Prozent zu verzeichnen. — Wenn es nötig wäre, noch Gründe anzuführen, dafür, daß eine Abtrennung der Rheinlande vom Deutschen Reich in welcher Form es auch sei, für Deutschland eine völlig unannehmbare und undenkbar Regelung wäre, noch Gründe anzuführen, dafür, daß eine Abtrennung derartigen Gedanken als selbstmörderischer Wahnsinn erlennen lassen.

## Allgemeine Naturwissenschaft.

**Ist Kupfer giftig?** Von vielen Metallen ist bekannt, daß sie giftig sind und zu schweren Stoffwechsel- und Nervenstörungen führen können. Dem Kupfer geht zwar eine direkt giftige Eigenschaft, aber es übt mitunter eine bemerkenswerte Wirkung auf den menschlichen Körper aus. Hat jemand Kupferstaub eingeatmet und ihn in seinen Kehlkopf oder seine Luftröhren bekommen, so wirkt er einen grasgrünen Auswurf aus, der aber völlig harmlos ist. Andere Menschen bekommen den Metallstaub auf den behaarten Kopf. Das Kupfer dringt in das Innere des Haares ein, und viele können nun eine ganz ähnliche grüne Farbe aufweisen. Da sie es nicht und nicht zu entfernen geht, mag sie nicht immer eine Freude für die Besitzer sein. — In letzter Zeit sind einige Beobachtungen über das Verhalten des Kupfers im Auge gemacht worden. Das Schädliche Metall kann jahrelang dort ruhen, ohne die geringsten Erscheinungen hervorzurufen. Langsam aber kommt es doch zur Verkupferung des Auges. Mikroskopisch kleine Teilchen lösen sich ab, schlagen sich ganz vorn in die Linse nieder und bilden dort eine Erkrüftung, deren Form sehr charakteristisch ist. Es zeigt eine schillernde Sonnenblume oder einen grünlich schimmernden Doppeldraken in der Pupillöffnung. Andere ebenso winzige Teilchen schwimmen im Glaskörper als gelblich-bräunliche Punkte umher und geben zu schweren Beeinträchtigungen des Sehvermögens Anlaß. Ein bekanntes Salz des Kupfers ist das blaue Kupfertrifluorid. Es wird gelegentlich als Brechmittel benutzt, entweder in 1 Proz. Lösung oder in Mengen von 0,1 bis 0,2 gr. und führt den gewünschten Effekt schon nach wenigen Minuten ohne längeres Uebelklingen herbei. Die rasche Entfärbung aus dem Magen bewirkt, daß es von der Schleimhaut praktisch nicht aufgenommen werden kann. Gelangt aber doch etwas Kupfertrifluorid in den Darm, so wird es auch dort nur in geringen Quantitäten in die Körperflüssigkeit übergeführt. Schädliche Folgen kann man nie erleben, selbst wenn man monatlich kleine Mengen oder auf einmal mehrere Gramm davon einnimmt. Eine Giftwirkung erfolgt also nicht. Häufig hört man von Vergiftungen, die von Kupfergefäßen herrühren sollen; diese Auffassung ist aber völlig irrig.



diesen „Bücherpreis“ verantwortlich machen. Aber wenn man sich dann von denjenigen, die sich gegen diesen Vorwurf zu verteidigen haben, vorrechnen läßt, wie hoch sich die Unkosten belaufen, bis die Bücher verkaufsfähig im Laden hängt, dann bekommt man schnell eine andere Meinung. Vor einem Vierteljahr hat das „Stund amerikanischer Darme“, die hier in der Hauptsache zur Buchverbreitung verwendet werden, 100—120 Mark gekostet. Heute müssen mindestens 280—300 Mark angelegt werden. Die Preise der Gewürze sind ebenfalls rapid gestiegen. Das Pfund Pfeffer kostete heute 110 bis 120 Mark. Vor einem Vierteljahr war das doppelte Quantum nicht teuer. Der Preis des Buchbindens ist seitdem um ungefähr 200 Prozent gestiegen. Um 100 Prozent hoben sich in den letzten drei Monaten zum mindesten die Preise aller Bedarfsartikel verteuert. Das gleiche ist von den Löhnen zu sagen. Die meisten Arbeiter werden bald gezwungen sein, den Betrieb einzustellen, weil die Kundenschaft ausbleibt, weil die Meister gleichzeitig aber auch die Löhne für ihre Werkstätten nicht mehr bezahlen können. Die Abwanderung in die Fabriken und in andere Berufe hat bereits begonnen.

Es ist weiter zu berücksichtigen, daß im Wehrgewerbe der Beschäftigten von Kleibern, Schürzen und Schürzen ein viel stärkerer als in anderen Berufen ist. Vor dem Kriege hat dieser Umstand nicht schwer in die Waagschale. Auch das hat sich gründlich geändert. Wir brauchen nicht darauf näher einzugehen, was die Berufsbildung heute kostet. Jeder Erwerbstätige muß ein Lied davon zu singen. Dazu ist immer drückender werdende steuerliche Belastung. Die Schlichtholgebühren haben am 1. August um 100 Prozent aufgehoben. Das Steueramt geht überdies bei der Einschätzung des Einkommens der Wehger von einem gänzlich unrichtigen Standpunkt aus. Aufgrund des Kampfes muß der Wehger eine etwa 10prozentige Einkommensteuer bezahlen. Es ist klar, daß durch die ungeheuer gestiegenen Wehrgelder die Steuer in einer Weise in die Höhe getrieben wird, daß der Wehger allein dadurch schon dem Ruin zufließt, wenn die Veranlagung nicht sofort gehandhabt wird. Dabei werden die Betriebsmittel von Tag zu Tag knapper. Für ein Stück Großvieh müssen heute 40000 Mark angelegt werden, für ein Schwein 25—30000 Mark. Mancher Wehger ist heute schon kaum mehr in der Lage, Vieh einzukaufen, weil er die dazu notwendigen enormen Summen nicht schnell genug hereinbekommt. Die Zeit ist nicht mehr allfassen, in der mehrere Wehger eine G. m. b. H. gründen müssen, wenn sie ein Schwein kaufen wollen. Es ist aber auch mit Sicherheit damit zu rechnen, daß ein Teil der Wehger den Betrieb schließen muß, wenn der Markt nicht bald aufgehoben wird.

Es muß bei dieser Gelegenheit von neuem darauf hingewiesen werden, daß das Publikum in der Lage ist, dem Wehger in seiner immer schwieriger werdenden Lage hilfreich beizustehen, wenn es sich noch mehr dem Gefrierfleischverbrauch zuwendet. Unter 50 Mark des Pfund ist das Gefrierfleisch allerdings auch nicht mehr zu haben. Für erstklassige argentinische Ware, mit der sogar unser bestes Ochsenfleisch nicht konkurrieren kann, müssen 55 bis 65 Mark angelegt werden. Aber da der Preisunterschied gegenüber dem Frischfleisch immerhin beinahe 20 Mark beträgt, so werden selbst von denjenigen viele ganz von selbst zum Gefrierfleischverbrauch übergehen, die bisher ihre Abneigung gegen die eingefrorenen überfrierende Ware nicht überwinden konnten. Man achtet aber darauf, daß man nur erstklassige Qualität kauft, weil hier wie in allen anderen Fällen nur das Beste sich voll bezahlt macht. So wenig wie Ochsen- mit Rindfleisch verglichen werden kann, so wenig läßt sich das argentinische Gefrierfleisch von dem viel geringeren sog. „Büffelfleisch“, das aus Brasilien oder Neuseeland kommt, schlagen. Leider ist damit zu rechnen, daß wir die Zufuhr von Gefrierfleisch einbinden oder ganz einstellen müssen, wenn die Dollarkaufkraft nicht zum Stillstand kommt.

• Eine Neuregelung der Tabaksteuer ist am 1. Juli in Kraft getreten. Bisher kostete die Steuerbanderole „über 3 Mark“ für alle Zigarren, die mehr als 3 Mark im Kleinverkauf kosteten. Nun wird jede Zigarrenpackung eine Banderole tragen, auf der nicht mehr generell „über 3 Mark“, sondern der tatsächliche Kleinverkaufspreis angegeben ist, z. B. 4 Mark, 5.50 Mark u. s. f. Die Reichsdruckerei, die diese Tabaksteuerzettel anfertigt, war durch Arbeitsüberhöhung nicht in der Lage, die auf Grund dieser Neuregelung notwendigen Steuerzettel rechtzeitig fertigzustellen. Es werden deshalb die großen Vorräte an Tabaksteuerzetteln, die infolge der hohen Preise nicht mehr gebraucht werden, z. B. 8 Pf., 10 Pf., 20 Pf. das Stück, ebenso die Steuerzettel „über 3 Mark“, die ab 1. Juli außer Kraft sind, mit schwarzer Farbe überdruckt als Ersatz für die noch nicht fertiggestellten Steuerzettel. Letztere ist dieser Überdruck ziemlich klein ausgefallen, so daß er nicht sofort ins Auge fällt.

### Wiener Operettenspiele.

#### Das verwunschene Schloß.

Einmal Stedenertheater wäre es, die Sommeroperette nach den Begeben der Winterzeit zu beurteilen. Wir müssen also mit dem „Sommer-Direktor“, dem nun einmal die Seele fehlt — nämlich ein schönes Streichquartett — vorlieb nehmen. Das alte Zeitwort aus der alten Biederzeit mag ebenfalls Herrn Theodor Herzl zugute kommen. Seine Heiligenschein und sein Mangel an Farbenempfindung haben Willkürs Musik manchen Reiz genommen, die beide Dynamik überein. Aber er ist leider kein guter Dienstleister, ein fleißiger Einflüßler, ein Sommerkünstler der Operette. Auf das Sommertheater müssen wir auch das Lied vom himmelblauen See nehmen. Ja, es wäre gut, wenn ein stimmlich so trefflich gerüsteter Sänger auch ein relativ gutes Gehör mitbrächte. Am übrigen beträgt die gefristete Willkür-Aufführung auch ein Wintertheater, denn sie war in guter Bühnenform, hat angenehme Bühnenbilder, ging glatt dahin und erfreute durch manche neue Besetzung. Recht angenehm lang Fräulein Beel Bauner ihre Part. Ein früherer Soubrettenopern mit leuchtender Höhe, ein reiches Spieltheater, ein nettes Klavier wirken zusammen. Dann die Rudas Regal von Trude Keiler! Die Fortschritte der jungen Künstlerin — sie ist genau 19 Jahre alt — sind erstaunlich. Das gewisse etwas, das nicht erlernt werden kann, ist ihr Eigentum; hinzugekommen ist große Gewandtheit. Selbst jugendliches Spiel wirkt noch anmutig, weil peinliche Sauberkeit die Jügel führt. Ueberröschend voll, rund und weich ist die Stimme geworden, der flache Operettenton ist geschwunden. Kurzum: Fräulein Keiler geht einer schönen Zukunft entgegen! Und Fräulein Beel's Candé behauptete sich mit ihrer Stimme als gebildete Sängerin und elegante Salondame. Wir hatten einen neuen jugendlichen Komiker: Herr Albert Kraft-Borling. Er ist eines berühmten Namens, führte sich mit seinem Andeutung vornehmlich ein. Er hat echten Humor und vertritt sich auf Publikumsleistungen. Zu nennen sind nach Herrn Hansjaers Sepp, der Großschneider (P. Rief), Herr Bruno Käfer als Graf und Frau Stastgen als Traudl mit durchaus lobender Erwähnung. Und alles in allem: Willkürs alte Operette hatte einen großen Erfolg. Es geht also auch ohne „animalische Selbstkritik.“

### Kunst und Wissen.

• Ein Referat über die Bevölkerungsstatistik. Das Jahr 1920 ist, was die Geburts-, Heirats- und Scheidungsziffern anbelangt, nach den statistischen Mitteilungen, die die englische Regierung geben veröffentlicht, für Großbritannien ein Rekordjahr gewesen. Die Ziffern zeigen die höchste Heiratrate, die bisher jemals berichtet wurde, nämlich 25.5 pro 1000. Die Zunahme der Bevölkerung ist die höchste, die in irgendeiner Zeit der englischen Geschichte festgestellt wurde. Sie betrug nämlich in dem Jahre 1920 491 632 Seelen. Die Zahl der Todesfälle ist mit 468 180 die niedrigste, die seit 1862 vorgekommen ist. Die Schulungsziffern sind seit dem Beginn des 20. Jahrhunderts sehr im Annehmen begriffen war, fiel im Jahre 1920 auf 80 Todesfälle bei 1000 Geburten, die niedrigste bisher bekannte Zahl. Die Ehen, die in England und Wales geschlossen wurden, betragen 579 982, die größte Zahl, die je bekannt geworden. Die Zahl der Scheidungen bedeutet freilich auch einen Rekord, denn sie ist mit 6180 fast doppelt so groß, wie die von 1919, und fast dreifach so groß, wie in früheren Jahren.

Auseinandersehungen und unliebsame Erörterungen mit der Kundenschaft, sondern die Folgen dieses überhöhten Verfahrens, für das nicht der Händler, sondern die Reichsdruckerei die Verantwortung trägt.

II. Die Zahl der Zugriffe in den drei Personenjugklassen ist in Norddeutschland von etwa 100 Zugriffen 60 in der dritten, 30 in der zweiten und 10 in der ersten Klasse. In Süddeutschland sind diese Ziffern 90:30:2. In diesen Zügen läuft die ganze 2. Klasse auf großen Strecken leer. Die dritte ist gleichfalls so stark bemutet, daß sie nur die Betriebskosten erhöht. Daher wird auf Nebenstrecken fast nur noch die Einheitsklasse, die dritte Klasse, geführt.

• Ausland. Sämtliche Angestellten, etwa 92 Mann, der W a s h u n d S c h l e s s e r f e l l s c h a f t m. b. H. Mannheim befinden sich seit 1. August wegen Lohnhöhen im Streik.

• Die Regimentsgeschichte des Bad. Inf.-Regts. 185, herausgegeben vom Reichsarchiv, erscheint demnächst in der Form der Erinnerungsblätter. (Näheres siehe Anzeige.)

W. In den Ruhestand. Professor Philipp Kauffmann am hiesigen Gymnasium trat mit Beginn der großen Ferien als Pflanz- und Schulpflichtiger in den Ruhestand. Seit 1888 wirkte er ununterbrochen an dieser Schule als tüchtiger Gelehrter und herporragender Pädagoge. Hunderte von Schülern, die heute schon längst in Kunst und Würden sind, gebeten gerne ihren alten Lehrers, der, wie er an sich selbst die höchsten Anforderungen stellte, so auch von seinen Schülern reifliche Erfüllung ihrer Pflichten verlangte. Wir haben Schülern müssen bei Kauffmann, aber wir haben auch etwas gelernt, so kann man dazumal frühere Schüler sagen hören. Er war den Schülern ein väterlicher Freund und treuer Berater, der es aufrichtig gut mit jedem meinte. Bekannt sind seine im Vereine mit den Professoren Wolf und Schmidt herausgegebenen lateinischen Übungsbücher für Sexta bis Obertertia, kurz „der Kauffmann“ genannt, die zwar hohe Anforderungen an die Schüler stellen, aber mit außerordentlicher Sorgfalt im Hinblick auf die Letztzeit bearbeitet sind und eine vorzügliche Schulung des Geistes bilden. Zahlreich war Kauffmann Vertrauensmann des Lehrerkollegiums und dessen Vertreter im Beirat der Schule. So manchem jüngeren Kollegen gab er aus der Fülle seiner Erfahrungen Ratse für das Amt und tat ihm recht schätzenswerte Handreichung. Wenn er auch im öffentlichen Leben nie hervortrat, so nahm er doch regen Anteil daran und erwies sich als fernstehender Mann von lauterem Charakter. Er war stets hilfsbereit und hatte eine offene Hand für so manches gemeinnützige Werk. Er betätigte sich in mehreren evang. kirchlichen Vereinen und gab den Schülern nicht nur das Beispiel treuester Pflichtenübung, sondern auch das eines gut kirchlich gefassten Mannes. Professor Kauffmann verläßt nun nach langer, reichgefügter Wirksamkeit unsere Stadt, um in seinem Heimatdorf Sinsheim, Kreis Adelsheim, seiner geliebten Lebensfrau zu leben. Wir wünschen dem verdienten Schullehrer einen recht freundlichen Lebensabend und lassen obium cum dignitate.

F. H. Willkürsfeier in der Mollschule. In der letzten Stunde des vergangenen Schuljahres waren das Lehrerkollegium der Knabenabteilung der Mollschule und seine geliebten Schüler zu einer feierlichen, aber herzlichsten Feier versammelt. Es galt dem Willkürs von dem aus dem Dienste scheidenden Oberlehrer Ludwig Berg, dessen Name auch über die engeren Grenzen dieses schulfürs Wirtens hinaus guten Klang hat. Was Herr Berg seinen Kollegen als Mitarbeiter und als Mensch war, bezeugt Herr Käfer als Sprecher des Kollegiums mit herzlichsten Worten zum Ausdruck. In seinen Willkürsreden ließ der Gelehrte der Tat das Wort folgen; daß er seinen Beruf als Kunst aufnahm und auch seinen Kollegen freisteigende Kräfteentfaltung in der Bildung der Jugend zubilligte. Einige Schüler der Schulabteilung brachten eine von einem Lehrer verfasste Deklamation zum Vortrag. Sie erzählten dabei als Personifikation von Liebe, Pflicht und Mitleid, die drei Grundkräfte im Schaffen des Volkserziehers Ludwig Berg, die, vom Hüter des Wortes geleitet, dem Lebensabend ihren Dank laien. Umrahmt war die Feier von zwei tiefempfindenden Violinsolos und Vorträgen eines Doppelquartetts. Die Feier war ein Befehlmiss aller für Eltern. Herr Berg wird gefeiert haben, daß er sich einen Ehrenplatz im Herzen seiner Kollegen gesichert hat, den er durch seine herzensguten, sein hohes Pflichtbewußtsein und seine hohe Willenskraft erworben hat.

III. Teure Sämereien. Der Verband hat, laudam, Genossenschaft Karlsruhe schreibt uns: Die unglückliche Witterung der letzten Wochen ist auch auf den Bestand der Sämereien nicht ohne Einfluß geblieben. Nach Meldungen der Sachverständigen ist die diesjährige Sommerernte in Kaffee- und Luzerne sehr mangelhaft. Diese Ausfälle werden bereits harte Schäden auf den Ackerbauhandel. Die wenigen Reste von Kaffee- und Luzerneernte aus der vorjährigen Ernte, die noch auf dem Markt oder im Besitz der Bauern sind, werden, nach einer Mitteilung der London. Hauptgenossenschaft in Karlsruhe von den Interessenten geradezu aus den Händen gerissen. Infolgedessen sind die Samenpreise schon ganz gewaltig gestiegen. Schöner Kaffeeernte ist heute unter 11000 Mark je Zentner nicht mehr zu haben. Für Luzerneernte werden 9000 bis 10000 Mark für den Zentner verlangt.

### Veranstaltungen.

• Wiener Operettenspiele Rosengarten. Für Montag, den 7. August, ist die Revue „Die Volksmelkerin“ mit Musik von Bron Jellak, dem Komponisten des „Schwarzwaldbüchel“, in Vorbereitung.

• Eine Heidelberger Schloßbesichtigung findet heute abend zwischen 9½ und 9¾ Uhr statt. Die Besichtigung ist nicht beschränkt. Desgleichen ist von einem Feuerwerk abgesehen worden.

### Kommunale Chronik.

Heidelberg erhebt eine gemeindliche Wohnabgabe von 2½ Prozent zur Ausfüllung der Wohnabgabe.

• Heidelberg, 3. Aug. Der Bürgerausschuss beschäftigte sich in seiner heutigen Sitzung mit der Wohnabgabe. Der Bürgermeister Dr. Waig führte in dieser, gegenwärtig aktuellen Angelegenheit, zu der der Mannheimer Bürgerausschuss in der kommenden Woche in einer Sonderprüfung Stellung nimmt, einleitend u. a. folgendes aus: Wir im Stadtrat sind nach eingehender Prüfung dazu gelangt, daß wir auf 7½ Prozent doch 10 Prozent zu dem Staatszuschuß von 7½ Proz. erheben müssen. Insofern also in Heidelberg eine Wohnabgabe von 17½ Prozent zu erheben wäre. Es wird ich empfohlen, daß wir von den 2½ Prozent etwas zurücklegen, um einen Wirtschaftsausgleichsfonds zu gründen, der für wirtschaftlich Schwache zur Ausführung der größeren Anstandsungsarbeiten dienen soll. Wir haben ungefähr ein Drittel der ganzen Wohnabgabe für Ausfüllung aller Art vorgezogen. Im Namen des Vorstandes des Bürgerausschusses führte der Obmann Stoll aus, der Vorstand stehe hinter der Verlesung des Stadtrats. Wenn wir bei Berechnung der Höhe des Reichsmittelanteils zurande legen, kommen wir auf die 3—4fache Friedensmiete. Die Verlesung des Stadtrats verlangt ebenfalls nochmals eine dreifache Erhöhung, insofern wir bis 1. Oktober mit einer 7—8fachen Miete nach Friedensmieten rechnen müssen. Wenn wir die Wohnabgabe in dieser Höhe nicht einführen, dann müssen wir damit rechnen, daß im nächsten Frühjahr die Bauwirtschaft einsteigt wird. Stadts. Pfeiffer (Dem.) begründete folgende Entschließung seiner Fraktion: „Der Bürgerausschuss hält die von der Regierung aufgestellten, juristisch geltenden Grundzüge für die Verteilung der Landemittel zur Förderung des Wohnungsbaues, wobei im wesentlichen nur die Bevölkerungsstärke geographisch abgegrenzter Landesgebiete als Maßstab für die Vergebung der Zuschüsse dient, für unbillig und ungerichtet und bittet den Stadtrat, mit allen Nachdruck auf eine Verringerung dieser Grundzüge in dem Sinne hinzuwirken, daß für die Gewährung von Staatszuschüssen in erster Linie der örtliche Wohnbedarf im Verhältnis zum Gesamtbedarf des Landes und die tatsächlichen Leistungen der Gemeinden auf dem Gebiete der Wohnungsfürsorge entscheidend sein sollen.“

Stadtrat Raler (Soz.) beantragte die sofortige Einführung einer Wohnungsluxussteuer nach dem Mannheimer Vorbild und Verminderung der Wohnabgabe von 2½ Prozent und dem demokratischen Entschluß zu. Er bewaure außerordentlich, daß man

im Landtag es nicht möglich gemacht hat, den Gemeindefürsorgezuschlag auf 10 Prozent zu belassen. Nach Antrag der Einwohnungsuntersuchen haben wir bei 7½ Prozent in Heidelberg 276 Millionen Mark zu erwarten und bei 10 Prozent erhöhe sich diese Summe auf 346 Millionen Mark. In Wirklichkeit müßte doch das Land bei der Wohnungsfürsorge die Hauptlast übernehmen und nicht die Städte; denn das Land ist der ausgleichende Faktor. Stadts. Schmidt (Ber. bürgerl. Gr.) trat für einen Appell an die Reichsregierung ein, daß der Zusatz von West und Ost ganz eingeschränkt wird. Stadts. Pfeiffer (Dem.) sprach sich für eine Erhöhung der Zuschüsse von Flüchtlingen weitestgehende Unterstützung verlangt werden. Im Auftrag eines Teiles seiner Gruppe stimmte der Redner der Wohnabgabe zu, aber nicht vollständig der durch den Stadtrat vorgeschlagenen Erhöhung. Stadts. Kimmann (Lib. Volksp.) führte in Heidelberg „Tageblatt“ aus, seine Fraktion stimme mit schwerem Herzen dem Antrag des Stadtrats zu. Die demokratische Fraktion stimmte nicht in Form eines Votums angenommen wüßten. Stadts. G. Schneider (Gr.) bemerkte, seine Fraktion stelle sich hinter das Wohnabgabegesetz. Es ist irgend nötig, daß man den Härteparagrafen anwendet. Die Staatszuschüsse dürfen nicht nach der Kopfzahl, sondern müßten nach dem Wohnungsbedarf der einzelnen Gemeinden verteilt werden. Stadts. W. Schmidt (U. S. V.) lehnte die Verlesung ab, weil seine Fraktion es als ein Unrecht ansehe, daß man die arme Bevölkerung, besonders die Familien mit einer großen Kopfzahl, zur Abgabe gerade so heranziehe, wie die bemittelte Bevölkerung. Dagegen stimmte er dem sozialdemokratischen Antrag zu, sofort eine Wohnungsluxussteuer einzuführen.

Oberbürgermeister Dr. Waig: Der Antrag des Stadtrats geht dahin, daß mit Wirkung vom 1. Oktober die Wohnabgabe der Stadt von 7½ auf 10 Prozent erhöhe wird. Dazu kommt nun noch die für den Staat im Gesetz vorgesehene Abgabe von 7½ Prozent, insofern wir in Heidelberg zusammen 17½ Prozent Wohnabgabe erheben müssen. Wir sind in Heidelberg durch die Wohnungsnot stark getroffen, aber wir haben auch etwas dafür in Heidelberg getan. Weil wir das Mietzinsgesetz nicht haben, können wir die Wohnungsluxussteuer noch nicht annehmen. Der Stadtrat wird für die Einführung dieser Steuer stimmen. Stadts. Raler (Soz.) dem Stadts. Reichsmittel Schmidt möchte ich erwidern, daß wenn wir die Baukosten vermindern müßten, ein Metallarbeiter, der im Frieden 580 Mark Mietzins bezahlte, heute 4000—40000 Mark Mietzins zu bezahlen hätte! Die Mietermehrgewinne sind gewiß bei der Erhebung der Steuern sehr groß. Aber auch durch ein gemeinschaftliches Bauen oder die Sozialisierung des Wohnungsweßens (!) können wir jetzt nicht billiger bauen. Bei dem Gesetz ist eben das flache Land nicht in dem Maß herangezogen worden, wie es notwendig ist.

Stadts. Dr. Springer (Soz.) stellt fest, daß das Reich die die Flüchtlinge-Wohnungsbauden in Heidelberg der Flüchtlingsgesellschaft „Neue Heimat“ bereits 2 Millionen überwiehen hat und noch ungefähr 1—2 Millionen auf Antrag zuweisen wird. So der voraussetzenden Abstimmung wurden folgende sozialdemokratischen Entschlüsse einstimmig angenommen: 1. Der Stadtrat wird ersucht, bei dem Votum des Reichstages über die Erhebung der Wohnabgabe dem sogenannten Härteparagrafen in weitestgehendem Maße Rechnung zu tragen und vor allem bei sozialen Verhältnissen der Rentnerempfänger möglichst zu berücksichtigen. 2. Der Bürgerausschuss wolle beschließen, den Stadtrat zu ersuchen, sofort eine Vorstudie über die Erhebung einer Wohnungsluxussteuer dem Bürgerausschuss zugehen zu lassen. 3. Ebenso einstimmig erfolgte die Annahme der demokratischen Entschlüsse. Hierauf genehmigte der Bürgerausschuss die Vorlage mit allen gegen 6 Stimmen in sinngemäßer folgender Fassung: „Der Bürgerausschuss stimmt der Erhebung einer Wohnabgabe in Höhe von 7½ Proz. als gemeinschaftlichen Zuschlag neben dem durch Staatsgesetz festgesetzten und für die Gemeinde obligatorischen Beitrag von 7½ Prozent ab 1. Oktober dieses Jahres zu.“

### Aus der Pfalz.

• Ludwigshafen, 2. Aug. Ein Rechtsstreit, der sowohl für die Pfälzer wie für die Allgemeinheit von großem Interesse sein dürfte, bezieht sich auf die Güterverwaltung Ludwigshafens huldigung. Es handelt sich um die Güterverwaltung der Pfälzer ab 5. März 1871, um Aufhebung der diesbezüglichen Verfügungen des hiesigen Senats ab 5. März. Der Güterverwaltung betrifft die Aufhebung, daß der Reichstag bei Senats, dahin lautet, daß vor 6 Uhr in der Pfalz keine Güterverwaltung geöffnet werden dürfen, richtungsgemäß ist, weil der 5. März des 1871. u. s. w. und auch kein anderer Gesetzentwurf ein solches Verbot rechtserfichte. Die Stadt Ludwigshafen wie auch das Amtsgericht sind gegenseitiger Ansicht, namhafte Juristen teilen wieder die Aufhebung des Güterverwaltung. Auf den Antrag des Rechtsanwaltes, der gegenständlich die höchsten Gerichtsinstanzen beschleunigen wird, kann man gespannt sein.

• Ludwigshafen, 4. Aug. Heute nacht 12 Uhr erforscht aus bis jetzt noch unbekanntem Gründen im Niedampark im Stadteil Riefenhehl in der 33 Jahre alte Schmidt Johann Klein 7. Rentstraße 1 wohnhaft, seine 22 Jahre alte Ehefrau mit einer Axterschleife und brachte sich dann selbst einen Schuß in den Bauch bei. Der Mann sofortigen Tod zur Folge hatte. Nach Bogen werden muß man annehmen, daß der Mann im Einverständnis mit seiner Frau gehandelt hat. Die Gründe zu der Tat konnten bis jetzt nicht ermittelt werden.

### Sportliche Rundschau.

#### Radsport.

sr. Deutsche Rennfahrer im Ausland. Bei dem Sonntagsrennen in Haag konnte der deutsche Rennfahrer S. Wall in dem Dauerwettkampfen in drei Rufen den zweiten Platz hinter dem Holländer Van der Woude belegen. Die Holländer Enoot, Storm, Metamolen und Schelbaum belegten die nächsten Plätze.

#### Schwimmen.

sr. Rheinmeisterschaft im Schwimmen. Ueber 7500 Meter kam am Sonntag bei Köln die Rheinmeisterschaft zur Entscheidung. Sieger wurde der Münsteraner Fränk Hoff in 41 Min. 5 Sek. Er fand sich besser mit der starken Strömung des Rheins ab, als sein Hauptgegner Stomper (Köln), der 500 Meter hinter ihm ankam. — Die zweite Seniorenkategorie hatte sich Bierkötter (Köln) in 42:12. Bei den Damen erzielte Fr. Glanbi (Hannover) mit 44:22 die beste Zeit.

### Neues aus aller Welt.

— Die beste Strafe. Zwei Diebe verübten in einem Häuschen an der Berliner Chaussee in Bitterfeld einen Einbruch. Sie fanden in der Wohnstube u. a. eine Kognakflasche und tranken daraus. Am Morgen fand man die Einbrecher bewußlos auf. Die Kognakflasche enthielt nicht Alkohol, sondern Kattangil. Die Einbrecher wurden ins Kreiskrankenhaus geschafft, wo sie mit dem Tode ringen.

— Dorfbrand. In dem hannoverschen Dorfe Brechschel wurden durch einen Brand fünf Gehöfte mit zusammen 18 Gebäuden vernichtet. Man vermutet Brandstiftung.

— Die große Dresden-Brücke gefährdet. Aus Remmorsch bei United Telegraph: Die große Hängebrücke über Callener, die seit vierzig Jahren als ein Wunder der Technik betrachtet wird, ist gefährdet. Ingenieure der Stadt Remmorsch haben festgestellt, daß eines der vier Kabel, an denen die Brücke hängt, sich bis zur äußeren zulässigen Grenze gedehnt hat. Jeder Automobilfahrer über die Brücke ist infolgedessen verboten. Die Ingenieure erklären, daß die Brücke zwar infolgedessen sei, weil größere Belastungen auszuhalten wie die für die sie gebaut war, aber daß man niemals an solche Arbeit habe, wie sie die schweren Lastautos von acht bis zehn Tonnen darstellen. Die Brücke ist bereits an verschiedenen Stellen verkratzt worden, aber es besteht kein Mittel, die vier großen Kabel zu verkräften, auf denen die Hauptlast ruht.











**Lebensmittelpreise.** Buenos Aires für Monat September 20,25 (20,25) arg. Pes., für Monat Oktober 20,00 (20,25) arg. Pes. Rosario für Monat September 19,95 (20) arg. Pes. Lebensmittel. Preis ab Holland, garantiert reines, reines Öl per 100 kg inkl. Holzfall Originalmarka, Abgangsgebühr, fab. oder bahnhof, prompt 53,— (53,25) fl., August 52,— (52,25) fl., September 49,— (49,25) fl., Oktober 48,— (48,—) fl., September-Dezember 47,50 (47,25) fl.

**Erhöhung der Benzolpreise.** Der Benzol-Verband G. m. b. H. (Bochum) hat mit Wirkung ab 1. August für 1 kg abwärts folgende Verkaufspreise festgesetzt: Tetralin 40 M., gereinigtes B.V. Motorenbenzol 56,20 M., gereinigtes Taludol 50,50 M., gereinigtes Lösungsbenzol 56,20 M., Benzol-Vorlauf 51 M., ungerichtetes Schwerbenzol 34,50 M.

**Erhöhung der argentinischen Ausfuhrabgaben.** Die Ausfuhrabgaben in Argentinien sind, der „Frkfl. Ztg.“ zufolge, den August durchweg erhöht worden und zwar für Weizen und Mehl um 45 cent, für Mais um 2,60 Pes., Hafer 1,20 Pes., Roggen 1,10 Pes., Leinsaat 3,43 Pes.

**Wachs.** (Wochenbericht der Ludmar, m. b. H., Köln.) Die letzten beherrschten den Markt. Die Verbraucher-Landschaft teilt sich in zwei Lager, die Marktpessimisten, welche die Rohstoffe auf Vorrat hereinnehmen und die Marktoptimisten, die nur laufend den dringendsten Bedarf decken und die stetig steigenden Tagespreise anlegen. Bisher haben die Marktpessimisten Recht behalten. Es notierte im Großhandel verzollte resp. unverzollte Ware ab Lager Köln: Paraffin weiße Tafelware 50/52 oC p. kg 52,40—54,50 M., andere Grade entsprechend, 100 kg 110—115 belg. Franken; Paraffin weiß in Schuppen 50/52 oC p. kg 44,50—46,50 M.

100 kg Dollar 7,10; Carnaubawachs fettgrau und couranigrau per kg 194,20—200,25, 100 kg 87—89 Pfd. Sterl.; Carnaubawachs gebleicht (deutsche Veredlung) per kg 76,50—78 M.; Carnaubawachs-Rückstände (deutsche Veredlung) per kg 74—76,50 M.; Bienenwachs (je nach Herkunft) 100 kg 110—123 Pfd. Sterl., 100 kg 540 bis 560 Frcs. Ausland verkaufsfähig bei fester Marktlage. In Bienenwachs scheint der Höhepunkt der Preise erreicht zu sein. Viele Verbraucher denken an Umstellung des Betriebes auf ein Ersatzprodukt. Japanwachs (Originalmarken) per kg 179—181,50, 100 kg Lokoware 75—76 Pfd. Sterl.; Carosin (weiß und naturgelb) per kg 56—61 M.; Ockerol-Carosin (weiß und naturgelb) per kg 65 bis 68 M.; Stearin (prima weiß in Tafeln) per kg 103—110 M.; Hammeltalg (prima weiße Ware) per kg 93,70—99,20, 1000 kg 44/10 Pfd. Sterl.; Rindertalg (prima hellfarbige Ware) per kg 93,70—99,20 M., 1000 kg 44/10 Pfd. Sterl.; Der gegenwärtige Zoll beträgt für Paraffin, Carnaubawachs und Bienenwachs 10,50 M. für Japanwachs 13,75 M. per kg.

**Neue Preisänderung für Nähgarn.** Das Nähgarnsyndikat (Vertriebsgesellschaft Deutscher Baumwollnähfadefabriken in Müggen) hat mit Wirkung vom 31. Juli 1922 erneut die Preise für Nähgarn erhöht. Es kosteten (in Mark):

Holzrollen	20.6	3.7	10.7	19.7	31.7
41. Oberwaren 200 m Nr. 30 u. l.	11.20	12	15	18	18
31. Glanz 100 m Nr. 12	5.75	7	9.90	11.20	11.80
31. Matt 500 m Nr. 30 u. l.	23.—	25	32.50	37.50	40.—
31. Matt Sekunda 200 m Nr. 30 u. l.	8.70	9	11.40	12.90	13.50

**Wasserstandsbeobachtungen im Monat August**

Pegelstation vom Rhein	Gang						Bemerkungen
	20	21	1	2	3	4	
Schwabmühl	2.70	2.85	2.70	2.60	2.50	2.50	Abends 5 Uhr
Kehl	2.81	2.70	2.64	2.59	2.58	2.51	Nachts 2 Uhr
Heppenheim	2.74	2.76	2.81	2.83	2.84	2.79	Nachts 2 Uhr
Wiesbaden	2.81	2.80	2.83	2.71	2.67	2.60	Morgens 7 Uhr
Koblenz	2.88	2.81	2.82	2.82	2.84	2.84	Vorm. 12 Uhr
Worms	2.75	2.80	2.84	2.85	2.84	2.84	Vorm. 2 Uhr
von Neckars							Nachts 2 Uhr
Neckar	1.81	1.72	1.73	1.61	1.52	1.52	Vorm. 7 Uhr
Neckar	0.80	0.52	0.54	0.45	0.34	0.34	Vorm. 7 Uhr

Windst. Rückst. + 11°

**Wasserwärme des Rheins am 4. Aug. morgens 7 Uhr: 15° C**

**Mannheimer Wetterbericht**  
vom 4. August morgens 7 Uhr.

Barometer: 753.0 mm. Thermometer: 13.2° C. Niedrigste Temperatur Nacht: 12.5° C. Höchste Temperatur gestern: 21.0° C. Niederschlag: 0.0 Liter auf dem qm. Ost 2. Heller.

Deutscher, Landes- und Seefahrer-Verband Dr. Gust. Mannheimer General-Anzeiger, G. m. b. H., Mannheim, P. 6. 2.  
Zirkular: Seefahrer-Verband. — Verantwortlich für Inhalt: Dr. Arig Sommer; für Druck: Die Verleger; für Redaktion: J. S. Dr. Fritz Sommer; für Vertrieb und den übrigen redaktionellen Inhalt: Richard Schmitt; für Anzeigen: Paul Engel.

**ATA**  
Ritz mit Ata Topf und Herd  
Weiß den schönsten Glanz bescheid!

Henkel's Pulv- und Scheuerpulver;  
für Haushalt, Gewerbe und Industrie  
**unentbehrlich.**  
Hoffnung: G. R. P. 1111  
**MENKEL & CO., DUSSELDORF.**

**Frau Anna Happel Ww.**  
geb. Urban  
**Adolf Frenzel**  
Verlobte  
Mannheim, den 4. Aug. 1922. \*7497

**Seit Karten!**  
Die glückliche Geburt ihres Sohnes  
**Horst-Günther**  
beehren sich anzuzeigen. \*7534  
**Hellmuth Leins**  
**Erna Leins/v. Derblin**  
Q 6, 10.

**Sofort ab Lager lieferbar:**  
**1 Brennabor 24 PS**  
Sportwagen, 4 Türen,  
**1 N. A. G. 1 1/2 To.**  
**Lieferungswagen**  
20 PS mit Naturholabritsche,  
**1 Lastwagenanhänger**  
3 Tonne, bereit \*7300  
**Paul Heubeck, G. m. b. H.**  
Vertrieb der N. A. G. (Gesellschaft deutscher  
Automobilfabriken, G. m. b. H.)  
L 13, 6. Tel. 8212.

**Möbl. Zimmer**  
dauernd gesucht  
Wohnungsnachweis  
P 4, 2.  
Jetzt Seltenbau  
Tel. 6920 58051

**Für unser Personal**  
suchen wir  
möblierte  
**Zimmer**  
Warenhaus  
**Kander**

**3 Wohnungen**  
2-3 Zimmer u. Küche,  
1-2 Zimmer u. K., nur  
in ruh. Lage, Col. können  
Wohlfühl. übernommen  
werden. \*8030  
Doppel-Zimmer  
Benediktstr. 30  
8-10 Vorm. 2-4 Nachm.  
Dipl.-Ingenieur sucht  
möbl. Zimmer  
in guter Familie. \*2006  
Anzeige u. Y. H. 81  
an die Geschäftsstelle.

**1 gut möbl. Zimmer**  
gel. von berufstät. Dame  
bis 15. Aug. ent. hinter.  
Anzeige u. Y. L. 84 an  
die Geschäftsstelle. \*7513

Heute Vormittag verschied unerwartet infolge eines Schlaganfalles unser langjähriger Registraturbeamter, Herr

**Josef Jdali.**  
Der Verstorbene war ein pflichttreuer, gewissenhafter Angestellter, der die Achtung seiner Vorgesetzten und die Sympathien seiner Mitarbeiter in hohem Grade besaß. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren. \*7320  
Mannheim, den 3. August 1922.  
**Direktion**  
der  
Rheinischen Elektrizitäts- Aktiengesellschaft.

Gestern vormittag verschied unerwartet unser langjähriger Kollege, Herr

**Josef Jdali.**  
Wir verlieren in ihm einen treuen Freund, dessen Andenken wir stets in Ehren halten werden.  
MANNHEIM, den 4. August 1922.  
Die Angestellten der  
Rheinischen Elektrizitäts- Aktiengesellschaft.

Verwandten, Freunden und Bekannten die schmerzliche Mitteilung, dass uns unser lieber, unvergesslicher Sohn und Bruder

**Otto Gackstatter**  
plötzlich und unerwartet durch den Tod entlassen wurde.  
Mannheim (Charlottenstr. 2), den 4. August 1922.  
Die trauernden Hinterbliebenen:  
**Gottfried Gackstatter und Frau**  
**Wilhelmine geb. Huber**  
**Erwin Gackstatter**  
**Erna Gackstatter.**  
Die Feuerbestattung findet Samstag, 2 1/2 Uhr, im hiesigen Krematorium statt. \*7323

**Ludwigshafen-Mannheim.**  
Tausche 3 Zimmer-Wohnung, Nähe Anilinfabrik, gegen entsprechende ent. auch kleinere Wohnung in Mannheim. Angebote unter Y. M. 85 an die Geschäftsstelle in St. St. \*7515

**Einfach möbliertes Zimmer**  
möglichst sofort gesucht.  
Anzeige u. R. D. 175  
an die Geschäftsstelle. \*163

**Kühl. Kellerraum**  
wenn möglich, möbl.,  
sofort zu mieten gesucht.  
Anzeige unter Y. A. 74  
an die Geschäftsstelle. \*7405

**Offene Stellen**  
Alle, sämtliche Branchen treibende Vers.-Ges.  
sucht für Mannheim mit größerer Umgebung  
**geeigneten Fachmann**  
der in der Lage ist den Generalagenten voll und ganz zu vertreten. Vorhandene Organisation wird unterstellt, zeitgemäße Bezahlung, strengste Discretion zugesichert. Gest. Angebote unter R. B. 176 an die Geschäftsstelle. \*7493

Pür unsere  
**Expedition**  
suchen wir einen gewandten  
**jüngeren Kaufmann.**  
Schriftliche Angebote mit Angabe der bisherigen Tätigkeit, Zeugnisabschriften und frühestem Eintrittstermin an \*7494  
**S. Weissenburger G. m. b. H.**  
Mannheim-Industrie-Hafen.

Wir suchen zum sofortigen Eintritt mehrere  
**Büroburschen**  
im Alter von 14 bis 16 Jahren, Reifungen mit Schulzeugnis und Arbeitsbuch an  
**Skidische Disconto-Gesellschaft A.-G.**  
Personal-Abteilung. \*7501

**Grössere Maschinenfabrik**  
sucht einen in allen Fächern, besonders in Kalkulation, erfahrenen  
**Revisions-Beamten**  
nicht unter 25 Jahren. Angebote unter Q. E. 154 a. d. Geschäftsst. \*162

**Stenotypistinnen**  
von grösserem Büro der  
Maschinenbranche  
**gesucht.** \*7002  
Keine Anfängerinnen.  
Angebote unter R. E. 179  
an die Geschäftsstelle.

**Großhandelsunternehmen am Platze**  
sucht mehrere Herren  
zum Büro-Innen- und Außendienst für Raffinerie, Gemüse- u. Delikatessen-Handel möglichst sofort. Gehalt nach Vereinbarung. Branchenunabhängige wollen Angebote unter Y. P. 79 an die Geschäftsstelle in St. St. \*7505

**Gewandte, zuverlässige Stenotypistin**  
mit guten Kenntnissen in englischem Diktat per 1. September Nähe Mannheim gesucht. Angebote mit Lichtbild unter Q. X. 172 an die Geschäftsstelle. \*7470

**Tüchtige, zuverlässige Stenotypistin**  
zum 1. September 1922 gesucht. Anfängerin ausgeschlossen. Bewerbungen mit Zeugnisabschriften von nur perfekten Kräften erbitten  
**Luxsche Industriewerke A.-G.**  
Ludwigshafen a. Rh. \*7430

Wir suchen eine jüngere  
**Bürokräft**  
die in Buchführung bewandert ist und in Stenographie und Maschinenschriftlichen ziemlich gute Kenntnisse besitzt. \*121  
Angebote unter Q. P. 155 an die Geschäftsst. in St. St.

**Lehrling**  
aus guter Familie. \*7514  
Recht- und Rechnungswesen  
**Ernst Schott**  
Hauptstraße 11.

**Jüngeres Büro-Fräulein**  
das selbstständig arbeiten kann, für sofort  
**gesucht.**  
Angebote unter Q. M. 157  
an die Geschäftsstelle. \*127  
Solid, gem. abt. \*128  
als \*153

**Saaltochter**  
in gutes Hotel sofort  
gesucht.  
Angebote mit Bild an  
**Hotel Lang**  
Frankenthal (Pfalz)  
Ebenfalls erbetene  
**Monatsfrau**  
für 1. Sept. 1922, ab jung.  
**Mädchen**  
für tagel. f. ges. \*7511  
Bechtel, O 3, 5.

**Tüchtiges Mädchen**  
per sofort über 15. Aug.  
gesucht. \*7519  
**Awerbuch**  
Ranger Alsterstraße 81.

**Verkäufe**  
Werkzeugmaschinen, Holz-  
maschinen, Eisenwerk-  
zeuge, etc., handhabe-  
fähige (Singer), Spagier-  
sägen, Holzgabeln, große  
Häcksler zu verkaufen, nur  
an Privat. \*7521  
Hof, Parkring 31, IV.

**Tapeten-Reste**  
in großer Auswahl  
billigst \*10  
**Karl Götz**  
D 2, 1 Tel. 7357  
verlängerte Kunststraße



